

SCHULEN AUF EINEN BLICK

Ausgabe 2018



Herausgeber

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Redaktion

Jens Hoffmann,
Andrea Malecki

Gestaltung

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Erschienen im Mai 2018

Bestellnummer: 0110018-18900-1

Fotorechte

Umschlag

Titel © Syda Productions - Fotolia.com / 134607013 / Bildausschnitt

Seite 4 © iStock.com / BraunS / 486255462 / Bildausschnitt

Seite 7 © iStock.com / Yuri / 182165975

Seite 9 © kallejipp / photocase.de / 267217

Seite 10 © iStock.com / mediaphotos/ 482982530 / Bildausschnitt

Seite 15 © iStock.com / Butsay / 514324300 / gespiegelt

Seite 17 © Alexander Raths - Fotolia.com / 44406989 / eigene Bearbeitung

Seite 20 © Brian Jackson - Fotolia.com / 187621422 / eigene Bearbeitung

Seite 23 © Jérôme Rommé - Fotolia.com / 69187814 / Bildausschnitt

Seite 25 © iStock.com / jacktheflipper / 472516792

Seite 33 © iStock.com / FatCamera / 487922165 / gespiegelt

Seite 47 © Tierney - Fotolia.com / 79362529 / Bildausschnitt

Seite 48 © iStock.com / izusek / 542111792 / Bildausschnitt /
eigene Bearbeitung

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1 Bildungsbeteiligung und Schuleintritt	6
2 Schulzeit	10
3 Schulerfolg	24
4 Schulbetrieb	36
5 Ausgaben für Schulen	46
Glossar	50



Einleitung

In Deutschland verfügen die Bundesländer über die Gesetzgebungskompetenzen im Bereich der *Schulen*. Grund hierfür ist das föderale System, welches zur Entwicklung unterschiedlicher Bildungssysteme, Bildungspläne und Schularten entsprechend den regionalen Erfordernissen und politischen Vorstellungen der Bundesländer beigetragen hat.

Schulstatistische Kennzahlen, die es ermöglichen, die unterschiedlichen Schullandschaften in Deutschland und deren Entwicklungen miteinander zu vergleichen, stoßen daher im Rahmen der Diskussionen über die Bildungspolitik auf großes Interesse.

Die Bevölkerungsentwicklung ist sowohl aufgrund ihres Einflusses auf das Bildungsangebot als auch auf die Bildungsnachfrage von besonderer Bedeutung für das Bildungswesen. Aktuelle bildungspolitische Maßnahmen und Ziele spielen eine ebenso große Rolle. Im Fokus der Öffentlichkeit stehen derzeit neben der Inklusionsdebatte vor allem die Veränderungen der Schulentwicklungsstrukturen hin zu *Integrierten Gesamtschulen* und der damit einhergehende Rückgang der *Haupt- und Realschulen*.

Die Broschüre „Schulen auf einen Blick“ gibt einen Überblick über die wichtigsten Kennzahlen allgemeinbildender Schulen in Deutschland. Beginnend mit der *Einschulung* beinhaltet sie Kennzahlen zur Schulzeit und zum Schulerfolg. Ebenso werden Kennzahlen zum Schulbetrieb und zu den *Ausgaben* für Schulen dargestellt. Der Fokus der Broschüre liegt entsprechend der institutionellen

Abgrenzung auf allgemeinbildenden Schulen. Jedoch sind allgemeinbildende und berufsbildende Systeme heute stärker als in der Vergangenheit miteinander verknüpft. Zudem können allgemeinbildende Schulabschlüsse auch an beruflichen Schulen erlangt werden. So werden in Einzelfällen, etwa bei der Berechnung der *Studienberechtigtenquote*, die beruflichen Schulen einbezogen.

Die Broschüre richtet sich an die interessierte Öffentlichkeit sowie an Politik und Wissenschaft. Sie bietet einen kompakten Überblick über Strukturen und aktuelle Entwicklungen innerhalb des deutschen Schulwesens. Anhand von Kennzahlen werden die wesentlichen Leistungsmerkmale im Schulbereich zwischen den Bundesländern, den ausgewählten Schularten, den Klassenstufen und *Bildungsbereichen* vergleichbar dargestellt. Im Fokus der vierten Ausgabe dieser Veröffentlichung stehen Ergebnisse aus dem Schuljahr 2016/2017 sowie der Zehnjahresvergleich zu Ergebnissen aus dem Schuljahr 2006/2007. Die vorliegende Veröffentlichung bezieht sich ausschließlich auf Daten der amtlichen Schulstatistik. Ausführliche Tabellen zu schulstatistischen Kennzahlen können auf unserer Website kostenfrei abgerufen werden.

Erklärende Information: Begriffe, die im Text *kursiv* sind, werden im Glossar näher erläutert.

1 Bildungsbeteiligung und Schuleintritt

1.1

Bildungsbeteiligung an allgemeinbildenden Schulen

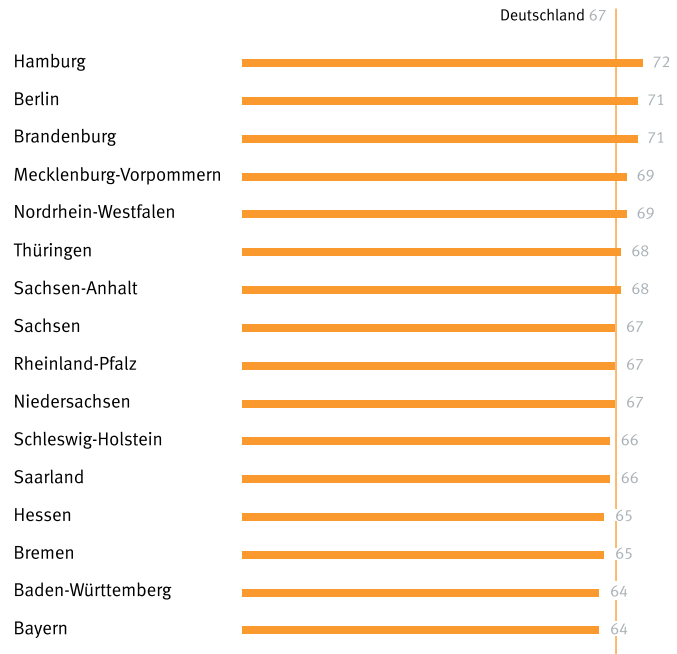
Die Kennzahl gibt den Anteil der *Schülerinnen und Schüler* an der Bevölkerung wieder, die eine allgemeinbildende Schule besuchen. Sie gibt Auskunft über die aktuelle Bildungsbeteiligung. Zur Bevölkerung im schultypischen Alter zählen die 5- bis 20-Jährigen.

67 % der Personen im schultypischen Alter besuchen eine Schule

Im Schuljahr 2016/2017 besuchten in Deutschland rund 67 % der Menschen zwischen 5 und 20 Jahren eine allgemeinbildende Schule. Die Bildungsbeteiligung lag bei den männlichen Kindern und Jugendlichen im schultypischen Alter bei 66 %, bei den weiblichen bei 68 %.

Mit fünf Jahren waren lediglich 0,3 % der Kinder an einer allgemeinbildenden Schule angemeldet, mit sechs Jahren aber bereits 64 %. In der Altersgruppe der 7- bis 14-Jährigen besuchten annähernd 100 % eine Schule. Da mit 15 Jahren erste Schulabschlüsse erreicht werden können und die Vollzeitschulpflicht endet, nimmt der Anteil der Jugendlichen, die zur Schule gehen, ab diesem Alter langsam ab. So besuchten 96 % der 15-Jährigen, aber nur noch 72 % der 16-Jährigen eine allgemeinbildende Schule. Bei den 17-Jährigen waren es 46 %, bei den 18-Jährigen 23 %. Die Anteile bei den 19- und 20-Jährigen lagen nur noch bei 7 bzw. 2 %.

Bildungsbeteiligung der Bevölkerung im schultypischen Alter an allgemeinbildenden Schulen 2016
in %



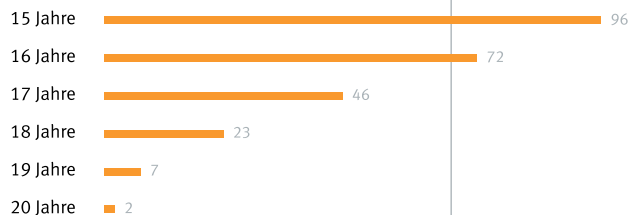
Bevölkerung an allgemeinbildenden Schulen nach Alter 2016

Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung in %

5- bis 7-Jährige



15- bis 20-Jährige



Bayern und Baden-Württemberg mit der geringsten Bildungsbeteiligung

Bei der Bildungsbeteiligung an allgemeinbildenden Schulen spiegeln sich im Bundesländervergleich Unterschiede in den Schulstrukturen und im Bildungsverhalten wider. In einigen Bundesländern wechseln Schülerinnen und Schüler relativ frühzeitig an berufliche Schulen (z. B. Berufsfachschulen, Fachoberschulen),

um dort einen höherqualifizierenden allgemeinbildenden Schulabschluss zu erlangen. So wurden 2016 in Deutschland 99 % der Zeugnisse der Fachhochschulreife und 16 % der allgemeinen Hochschulreife an beruflichen Schulen vergeben.

Bezogen auf allgemeinbildende Schulen war die Bildungsbeteiligung im Schuljahr 2016/2017 in Bayern und Baden-Württemberg mit 64 % sowie in Bremen und Hessen mit 65 % der 5- bis 20-Jährigen am geringsten. Die höchsten Anteile an Schulbesucherinnen und Schulbesuchern zwischen 5 und 20 Jahren erreichten Hamburg mit 72 % sowie Berlin und Brandenburg mit jeweils 71 %.



1 Bildungsbeteiligung und Schuleintritt

1.2

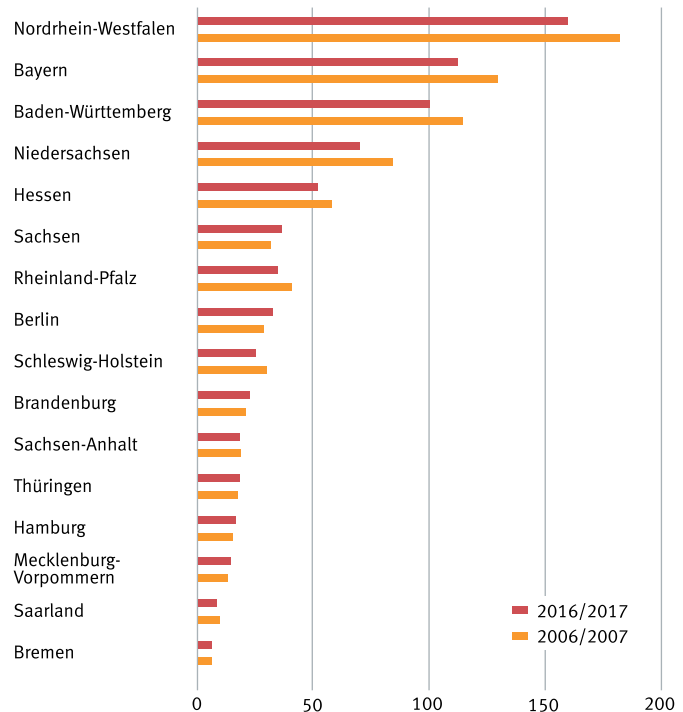
Einschulungen

Die Kennzahl bildet die Anzahl der eingeschulten Kinder in Deutschland ab. Sie zeigt, wie sich die Bildungsbeteiligung in den nächsten Jahren entwickeln wird. Somit ist die Kennzahl gerade für die Kommunen wichtig, da sie für ein ausreichendes Platzangebot sorgen müssen. Zudem ist der Anteil der frühzeitig oder verspätet eingeschulten Kinder von Interesse, weil sich dieser auf die Verweildauer in Kindertageseinrichtungen und deren Auslastung auswirkt. Beeinflusst wird die Kennzahl sowohl von der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung als auch von länderspezifischen Regelungen zur *Einschulung*, etwa dem Einschulungsstichtag.

9 % weniger Einschulungen als vor zehn Jahren

Seit 2006 ist deutschlandweit eine rückläufige Entwicklung der Einschulungszahlen zu beobachten. Im Schuljahr 2016/2017 wurden rund 721 000 Kinder eingeschult. Das sind rund 72 400 weniger als vor zehn Jahren. Dieser Rückgang ist auf die demografische Entwicklung zurückzuführen. Zudem wirkt sich das Herab- und Hinaufsetzen des Einschulungsstichtages aus.

Einschulungen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2006/2007 und 2016/2017 in 1 000

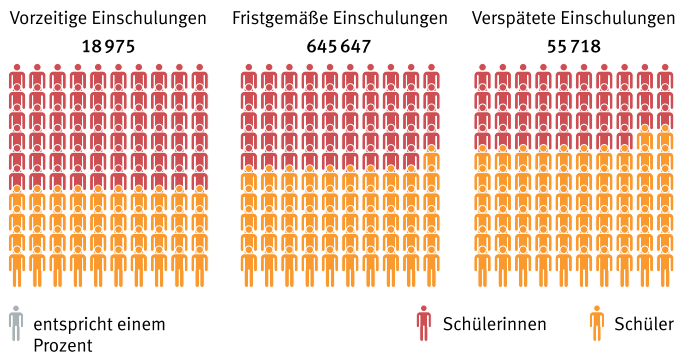


Hohe Rückgänge bei Einschulungen in Niedersachsen

Im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 wurden 2016/2017 in den Bundesländern mit rückläufiger Entwicklung zwischen 2 und 17 % weniger Schülerinnen und Schüler eingeschult. Besonders Niedersachsen mit 17 %, Schleswig Holstein mit 16 % und Rheinland-Pfalz mit 15 % mussten hohe Rückgänge verzeichnen.

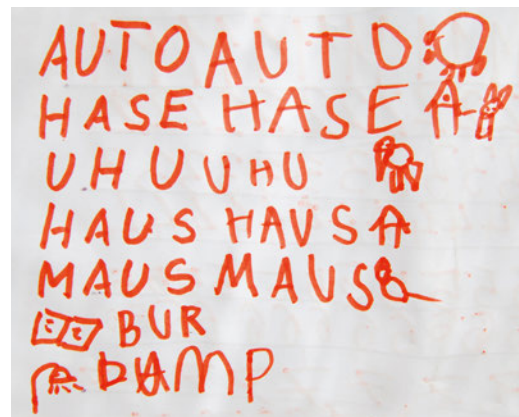
In einigen Ländern gab es aber auch Zuwächse. So wurden im Schuljahr 2016/2017 in Berlin und Sachsen jeweils 14 % und in Mecklenburg-Vorpommern 11 % mehr Kinder eingeschult als im Schuljahr 2006/2007. Die Zuwächse bewegten sich innerhalb einer Spanne zwischen 6 % und 14 %.

Einschulungen im Schuljahr 2016/2017



Mädchen häufiger vorzeitig eingeschult

90 % der Erstklässlerinnen und Erstklässler im Schuljahr 2016/2017 wurden fristgemäß, fast 8 % verspätet und 3 % vorzeitig eingeschult. Als verspätet eingeschult gilt ein Kind, wenn es bereits seit mindestens einem Jahr schulpflichtig war, bevor es eingeschult wurde. Von den verspätet eingeschulerten Kindern waren 62 % Jungen. Von den vorzeitig eingeschulerten Kindern hingegen waren 60 % Mädchen.



2.1

Schülerinnen und Schüler nach Bildungsbereichen

Die Kennzahl gibt Auskunft über die Verteilung der *Schülerinnen und Schüler* auf die verschiedenen *Bildungsbereiche*. Bei der Berechnung wird die Schüleranzahl des jeweiligen Bildungsbereichs ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler gesetzt. Die Kennzahl ist daher für Kapazitätsplanungen und für die Verteilung der Mittel zwischen den Bildungsbereichen von Bedeutung.

Die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler besucht den Sekundarbereich I

Im Schuljahr 2016/2017 besuchten in Deutschland rund 8,4 Millionen Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende Schule. 34 % von ihnen gingen auf eine Schule des Primarbereichs. 49 % aller Schülerinnen und Schüler besuchten den Sekundarbereich I, 12 % den Sekundarbereich II. Eine *Förderschule* besuchten 4 %.

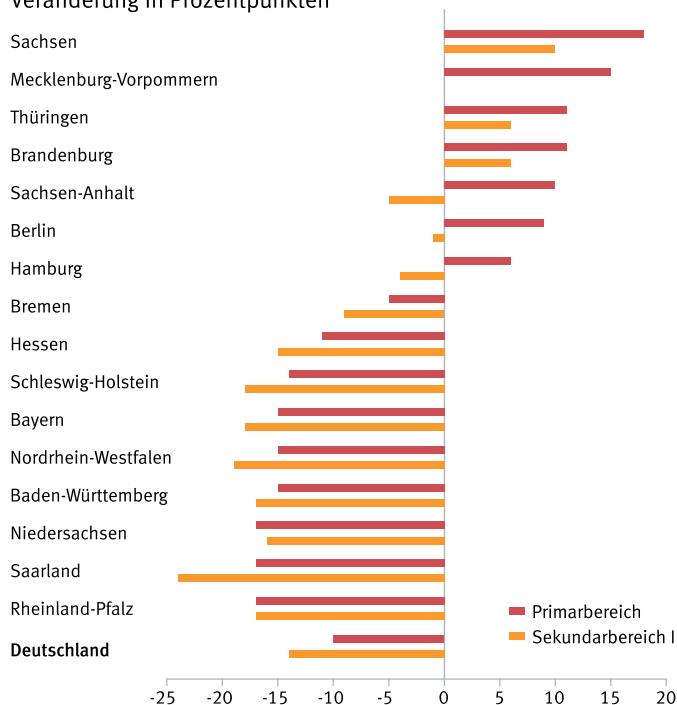
Im Ländervergleich wird deutlich, dass in den ostdeutschen Bundesländern der Anteil der Schülerinnen und Schüler im Primarbereich über dem Bundesdurchschnitt liegt. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen beträgt er jeweils 38 %, in Mecklenburg-



Vorpommern 37 % und in Brandenburg 36 %. Dagegen liegt der Anteil in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit 33 % unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 34 %. Im Sekundarbereich I reicht die Spanne von 44 % in Hamburg bis zu jeweils 51 % in Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz.

Anzahl der Schülerinnen und Schüler im Zehnjahresvergleich 2006/2007 und 2016/2017

Primarbereich und Sekundarbereich I,
Veränderung in Prozentpunkten



Rückgang der Schülerschaft im Primar- und Sekundarbereich I

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler ist im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 im Primarbereich um 10 % und im Sekundarbereich I um 14 % gesunken. Besonders ausgeprägt war der Rückgang im Primarbereich in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit jeweils 17 %. Den größten Zuwachs verzeichnete Sachsen mit 18 %. Im Sekundarbereich I sank der Anteil der Schülerinnen und Schüler im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 am stärksten im Saarland mit 24 %. Der höchste Anstieg ist auch hier in Sachsen mit 10 % zu verzeichnen.

Beim Ländervergleich und im Zeitverlauf ist auch zu berücksichtigen, dass mit der *G8-Reform* in der überwiegenden Mehrheit der Bundesländer der Sekundarbereich I im *Gymnasium* nur die Klassenstufen 5 bis 9 umfasst, während die Klassenstufe 10 bereits der Einführungsphase in die gymnasiale Oberstufe zugeordnet wird.

Schülerinnen und Schüler nach ausgewählten Bildungsbereichen an allgemeinbildenden Schulen 2016/2017

	Anzahl	%
Insgesamt	8 369 513	100
darunter:		
Primarbereich	2 868 444	34,3
Sekundarbereich I	4 139 248	49,5
Sekundarbereich II	1 002 917	12,0

2 Schulzeit

2.2

Schülerinnen und Schüler nach Schularten im Sekundarbereich I

Die Kennzahl zeigt die Verteilung der *Schülerinnen und Schüler* auf die verschiedenen Schularten im Sekundarbereich I. Bei der Berechnung wird die Anzahl der Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schulart ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I gesetzt. Die Kennzahl gibt einerseits Auskunft darüber, in welchem Maße die verschiedenen Schularten an der Umsetzung des staatlichen Bildungsauftrags beteiligt sind, andererseits bietet sie Hinweise im Hinblick auf das angestrebte Bildungsniveau der Bevölkerung und auf die entsprechend gewählten Wege.

Rückläufiger Trend an Haupt- und Realschulen hält an

Im Schuljahr 2016/2017 wurden in Deutschland rund 4,1 Millionen Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I unterrichtet. 34 % davon besuchten ein *Gymnasium*. Der Anteil der Realschülerinnen und Realschüler lag bei 21 % und derjenige der Hauptschülerinnen und Hauptschüler bei 10 %. 18 % der Schülerschaft des Sekundarbereichs I besuchte eine *Integrierte Gesamtschule*, 13 % *Schularten mit mehreren Bildungsgängen*. Die *Schulartunabhängige Orientierungsstufe* wurde von 3 %, eine *Freie Waldorfschule* von 1 % der Schülerschaft des Sekundarbereichs I besucht.

Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I an Integrierten Gesamtschulen 2006/2007 und 2016/2017 in %



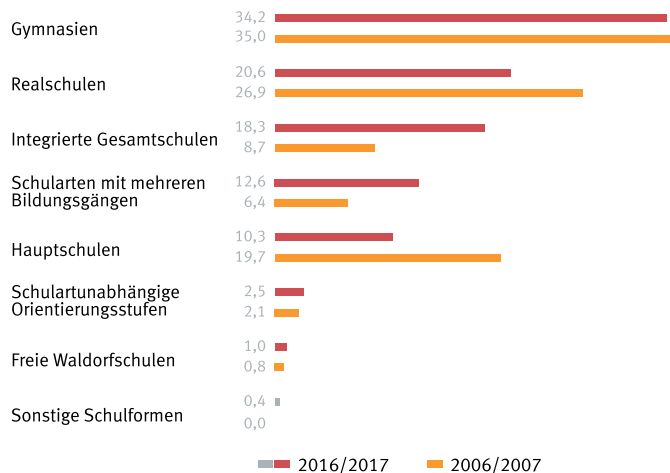
Dabei werden im Zeitvergleich Neustrukturierungen der Schul-landschaft sichtbar. So hat sich der Anteil der Schülerschaft an *Hauptschulen* in den vergangenen zehn Jahren um knapp 9 Prozentpunkte verringert. Grund hierfür ist, dass eine Vielzahl der Länder die Hauptschulen abgeschafft haben bzw. dabei sind, diese abzuschaffen. Daher gehört die Hauptschule nicht mehr zum Angebot in allen Bundesländern. Deutlich zurück ging mit 6 Prozentpunkten auch der Anteilswert der Schülerinnen und Schüler, die eine *Realschule* besuchten. Demgegenüber stieg der Anteilswert für die Integrierten Gesamtschulen um rund 10 Prozentpunkte und für die Schularten mit mehreren Bildungsgängen um 6 Prozentpunkte. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ein Gymnasium im Sekundarbereich I besuchten, fiel im Zeitverlauf um rund 1 Prozentpunkt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Zuge der *G8-Reform* der Sekundarbereich I im Gymnasium nur noch die Klassenstufen 5 bis 9 umfasst.

Anteil der Schülerschaft an Integrierten Gesamtschulen steigt besonders stark

Der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die Integrierte Gesamtschulen besuchen, stieg in fast allen Bundesländern mit Ausnahme von Bayern und Brandenburg erkennbar an. Ein besonders ausgeprägter Anstieg der Anteilswerte um 51 Prozentpunkte zeigte sich in Bremen und Schleswig-Holstein sowie im Saarland um 43 Prozentpunkte. Grund hierfür ist die Umstrukturierung

der Haupt- und Realschulen in Integrierte Gesamtschulen oder Schularten mit mehreren Bildungsgängen. Seit dem Schuljahr 2016/2017 wird im Saarland zudem die Schülerschaft der Schularten mit mehreren Bildungsgängen zu den Integrierten Gesamtschulen gezählt.

Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I an allgemeinbildenden Schulen 2016/2017 in %



2.3

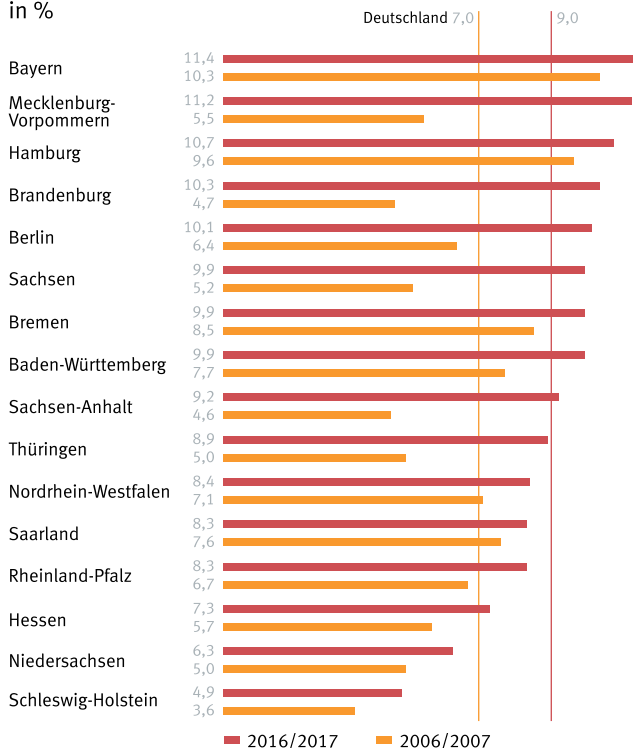
Schülerinnen und Schüler in privaten und öffentlichen Schulen

Die Kennzahl stellt den Anteil der *Schülerinnen und Schüler* dar, die eine *Schule* in privater Trägerschaft besuchen. Sie zeigt somit die relative Bedeutung von öffentlichen und privaten Schulen in den einzelnen Bundesländern und Schularten. *Öffentliche Schulen* befinden sich üblicherweise in der Trägerschaft der Länder und Kommunen. Diese müssen ein wohnortnahes Bildungsangebot sichern. *Private Schulen* haben unter gewissen Bedingungen einen Anspruch auf öffentliche Finanzierungszuschüsse. Die Gründung, aber auch der Besuch einer Privatschule, kann aus sehr unterschiedlichen Motivationen erfolgen. Neben konfessionellen oder weltanschaulichen Prägungen können auch Mehrsprachigkeit, internationale Abschlüsse, pädagogische Konzepte oder der Erhalt eines Schulangebots ausschlaggebend sein.

Private Schulen immer beliebter

Im Schuljahr 2016/2017 besuchten in Deutschland etwa 750 600 Schülerinnen und Schüler eine private Schule. Das entsprach 9 % der gesamten Schülerschaft an allgemeinbildenden Schulen. Etwa 7,6 Millionen Schülerinnen und Schüler besuchten eine öffentliche Schule. Besonders hoch war der Anteil der Schülerschaft an privaten Einrichtungen bei den *Förderschulen* mit 23 %.

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden privaten Schulen 2006/2007 und 2016/2017
in %



Auch an *Gymnasien* mit 12% und *Realschulen* mit 11 % war der jeweilige Anteil überdurchschnittlich hoch. Deutlich geringer waren die Anteile von Schülerinnen und Schülern an privaten Schulen in den *Schulartunabhängigen Orientierungsstufen* und an *Schularten mit mehreren Bildungsgängen* (jeweils 7 %), an *Integrierten Gesamtschulen* (6 %) sowie an *Hauptschulen* (5 %). Im Bereich der *Grundschulen* war der Besuch einer privaten Einrichtung am geringsten ausgeprägt (3 %).

Für alle genannten Schulformen gilt, dass sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine private Einrichtung besuchen, im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 erhöht hat. Besonders hoch fiel der Anstieg mit 6 Prozentpunkten an Förderschulen aus. An Realschulen, den Schulartunabhängigen Orientierungsstufen sowie Integrierten Gesamtschulen erhöhte sich der Anteil um jeweils 3 Prozentpunkte, an Gymnasien lediglich um 1 Prozentpunkt.



Verdopplung der Schülerschaft an privaten Schulen in den neuen Ländern

Im Ländervergleich war der Anteil der Schülerschaft an privaten Schulen in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 11 % am höchsten. Die geringsten Anteile wiesen Schleswig-Holstein mit 5 % und Niedersachsen mit 6 % der Schülerschaft auf. Dabei ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler an privaten Schulen in den vergangenen zehn Jahren in allen Bundesländern angestiegen. Besonders ausgeprägt war dieser Anstieg in den ostdeutschen Flächenländern, in denen vor zehn Jahren nur vereinzelt Privatschulen existierten. Entsprechend hat sich die Schülerschaft an allgemeinbildenden privaten Schulen in nahezu allen ostdeutschen Flächenländern verdoppelt.

Schülerinnen und Schüler an ausgewählten allgemeinbildenden privaten Schulen

	2006/2007	2016/2017	2006/2007	2016/2017
	Anzahl		%	
Insgesamt	656 186	750 599	7,0	9,0
darunter:				
Realschulen	111 750	96 462	8,6	11,3
Gymnasien	263 037	270 487	10,7	12,0
Förderschulen	67 844	71 627	16,6	22,6

2.4

Schülerinnen und Schüler nach Geschlecht

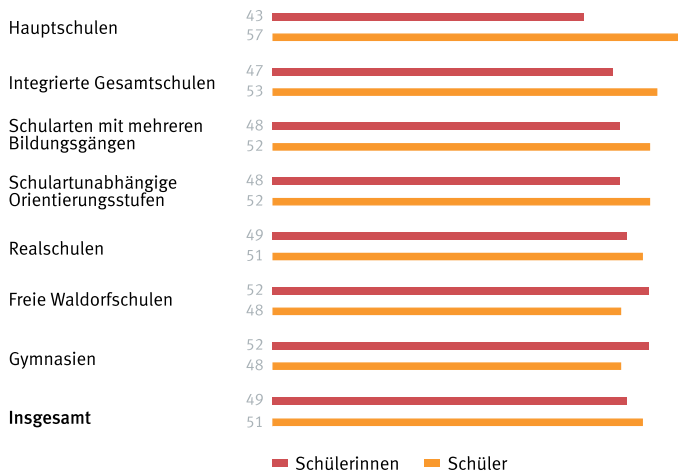
Die Kennzahl gibt Auskunft über geschlechtsspezifische Unterschiede in der Bildungsbeteiligung an allgemeinbildenden Schulen. Bei der Berechnung wird die Anzahl der *Schülerinnen und Schüler* des jeweiligen *Bildungsbereichs* bzw. der jeweiligen Schulart ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler gesetzt.

Jungen besuchen häufiger Hauptschulen

Von den rund 8,4 Millionen Schülerinnen und Schülern, die im Schuljahr 2016/2017 in Deutschland unterrichtet wurden, waren 51 % Jungen und 49 % Mädchen. Dieses Verhältnis zeigt sich nahezu identisch bei den geschlechtsspezifischen Anteilen der Schülerschaft des Primarbereichs und des Sekundarbereichs I. An allgemeinbildenden Schulen der Sekundarbereichs II waren 53 % Schülerinnen und nur 47 % Schüler. Letztere besuchten hingegen deutlich häufiger eine *Förderschule*: Hier waren 65 % der Schülerschaft Jungen und nur 35 % Mädchen.

Ein Blick auf die Geschlechterverteilung der Schülerschaft innerhalb des Sekundarbereichs I nach einzelnen Schularten zeigt, dass Mädchen überdurchschnittlich oft Schulen besuchen, die auf einen höheren Schulabschluss hinführen. Dagegen wiesen insbesondere *Hauptschulen* im Schuljahr 2016/2017 einen über-

Schülerinnen und Schüler nach ausgewählten Schularten im Sekundarbereich I 2016/2017 in %



durchschnittlichen Anteil an Jungen (57 %) auf. Auch an den *Integrierten Gesamtschulen* (53 %) sind Jungen überdurchschnittlich häufig vertreten. Bei den *Schulen mit mehreren Bildungsgängen*, den *Schulartunabhängigen Orientierungsstufen* (jeweils 52 %) und den *Realschulen* (51 %) stimmte der Anteil der Schüler

an diesen Schularten in etwa mit dem Anteil für den Sekundarbereich I (51 %) insgesamt überein. An *Freien Waldorfschulen* und *Gymnasien* waren Jungen hingegen mit jeweils 48 % leicht unterrepräsentiert.

Geschlechtsspezifische Verteilung im Zeitvergleich recht konstant

In den vergangenen zehn Jahren ist die geschlechtsspezifische Verteilung in den Schulartunabhängigen Orientierungsstufen, den Schulen mit mehreren Bildungsgängen sowie den Freien Waldorfschulen gleich geblieben. Lediglich in den Integrierten Gesamtschulen und Gymnasien haben sich die geschlechterbezogenen Anteile leicht verschoben. So stieg der Anteil der Jungen an Integrierten Gesamtschulen und an Förderschulen um 2 Prozentpunkte.

Schülerinnen und Schüler nach Bildungsbereichen

	Insgesamt	Schülerinnen	Schüler
		%	
Insgesamt	8 355 811	48,8	51,2
darunter:			
Primarbereich	2 868 444	49,1	50,9
Sekundarbereich I	4 139 248	48,6	51,4
Sekundarbereich II	1 002 917	53,4	46,6
Förderschulen	317 610	35,2	64,8



2.5

Ausländische Schülerinnen und Schüler

Bildung ist für die Integration von Personen mit Migrationshintergrund von zentraler Bedeutung. Die Schulstatistik stellt jedoch auf Bundesebene ausschließlich Daten zu *Schülerinnen und Schülern* mit ausländischer Staatsbürgerschaft bereit. Die Kennzahl zeigt somit Unterschiede zwischen nichtdeutschen und deutschen Schülerinnen und Schülern. Sie gibt sowohl Aufschluss über die Bildungsbeteiligung als auch über die angestrebten Bildungsabschlüsse an allgemeinbildenden *Schulen*.

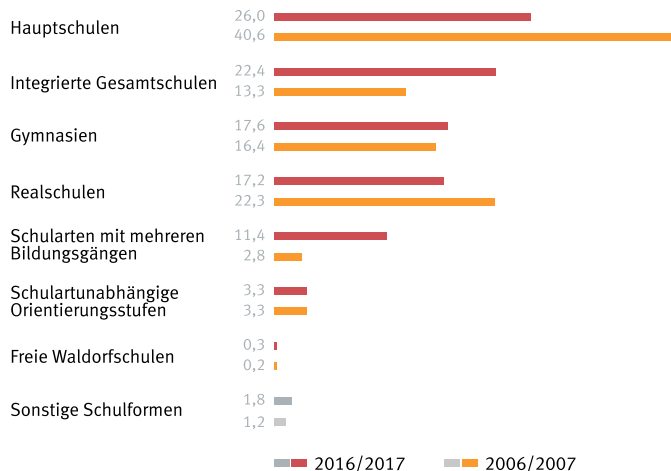
Seit dem 1. Januar 2000 erwirbt ein Kind ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit bei Geburt, wenn ein Elternteil seinen gewöhnlichen rechtmäßigen Aufenthalt seit acht Jahren in Deutschland hat und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt. Bis zur Volljährigkeit besteht eine doppelte Staatsbürgerschaft. Anschließend muss sich eine Person unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden, sondern darf beide behalten. In der Schulstatistik und der Bevölkerungsstatistik werden Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit in der Regel als Deutsche nachgewiesen.

Nichtdeutsche Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich II unterrepräsentiert

Im Jahr 2016 hatten laut Mikrozensus 33 % der in Deutschland lebenden 6- bis unter 20-Jährigen einen Migrationshintergrund, rund 10% davon hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft. Im Schuljahr 2016/2017 wurden in Deutschland knapp 788 000 ausländische Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet, was 9% der Gesamtschülerschaft entspricht. Dabei lag der Anteil nichtdeutscher Schülerinnen und Schüler im Primarbereich bei 10% und im Sekundarbereich I bei 9%. Unterrepräsentiert waren ausländische Schülerinnen und Schüler hingegen mit einem Anteil von nur 6% in Schulen des Sekundarbereichs II.

Im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 blieb der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler im Primarbereich und im Sekundarbereich I konstant. Im Sekundarbereich II ist ein leichter Anstieg um 1 Prozentpunkt zu verzeichnen.

Ausländische Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich I 2006/2007 und 2016/2017 in %



Rückgang der ausländischen Schülerschaft in den Hauptschulen

Im Schuljahr 2016/2017 besuchten 26 % der Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit eine *Hauptschule*. Der entsprechende Anteil betrug vor zehn Jahren 41 %. Mit 15 Prozentpunkten verzeichnet diese Schulart den höchsten Rückgang

des Anteils der ausländischen Schülerinnen und Schülern in den vergangenen zehn Jahren. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler insgesamt um rund 9 Prozentpunkte zurückgegangen ist. 22 % der ausländischen Schülerinnen und Schüler besuchten im Schuljahr 2016/2017 eine *Integrierte Gesamtschule*, 18 % ein *Gymnasium* im Sekundarbereich I. 17 % der ausländischen Schülerschaft besuchten eine *Realschule* und 11 % eine *Schulart mit mehreren Bildungsgängen*.

Im Zehnjahresvergleich zeigt sich ein deutlicher Anstieg des Anteils der ausländischen Schülerinnen und Schüler an Integrierten Gesamtschulen sowie an Schularten mit mehreren Bildungsgängen um jeweils 9 Prozentpunkte.

Ausländische Schülerinnen und Schüler nach ausgewählten Bildungsbereichen an allgemeinbildenden Schulen

	2006/2007	2016/2017	2006/2007	2016/2017
	Anzahl		%	
Insgesamt	897 740	788 080	9,6	9,4
darunter:				
Primarbereich	336 139	300 065	10,5	10,5
Sekundarbereich I	450 267	380 699	9,3	9,2
Sekundarbereich II	43 463	56 491	4,9	5,6

2.6

Schülerinnen und Schüler nach erlernten Fremdsprachen

Die Kennzahl stellt für die Schülerschaft insgesamt sowie für einzelne Schularten dar, wie hoch jeweils der Anteil der *Schülerinnen und Schüler* ist, die eine bestimmte Fremdsprache erlernen. Der Fremdsprachenerwerb ist in einer globalisierten Wissensgesellschaft von großer Bedeutung. Darüber hinaus kann die Bedeutung der Fremdsprachen an den allgemeinbildenden *Schulen* miteinander verglichen werden.

Englisch mit großem Abstand auf Rang 1

Im Schuljahr 2016/2017 lernten in Deutschland etwa 7,2 Millionen Schülerinnen und Schüler Englisch, das entspricht 86 % der Gesamtschülerschaft. Damit war Englisch mit großem Abstand die am häufigsten erlernte Fremdsprache. Ohne Berücksichtigung der Grundschulen und der Förderschulen lag der entsprechende Anteil in allen Schulformen bei über 95 %. Fast 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler und damit 18 % der Schülerschaft erhielten Französischunterricht. 8 % der Schülerinnen und Schüler (rund 632 000) lernten Latein, 5 % (rund 425 000) lernten Spanisch. Da ein großer Teil der Schülerinnen und Schüler mehrere Fremdsprachen erlernten, kann der Anteil der Personen ohne Teilnahme an einem Fremdsprachenunterricht nicht ermittelt werden.

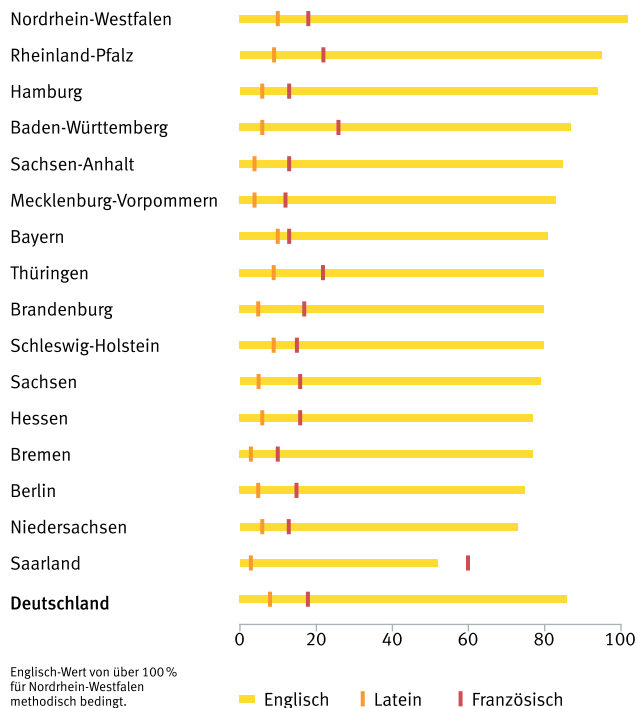


Im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 ist der Anteil der Englisch und Spanisch erlernenden Schülerinnen und Schüler gestiegen. Für die englische Sprache ist dies vor allem darauf zurückzuführen, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler im Primarbereich Englisch lernten. Überdurchschnittlich stark gestiegen ist die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die Spanisch lernten. Sie verdoppelte sich fast in den vergangenen zehn Jahren.

Spanisch wird häufig in Stadtstaaten erlernt

Vergleicht man die Bedeutung einzelner Fremdsprachen über die Bundesländer hinweg, zeigt sich, dass Englisch im Schuljahr 2016/2017 in 15 Ländern am häufigsten unterrichtet wurde. Eine Ausnahme bildete das Saarland, wo 60 % der Schülerinnen und Schüler Französisch erlernten. In allen übrigen

Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine ausgewählte Fremdsprache erlernen 2016/2017 in %



Bundesländern, mit Ausnahme von Hamburg und Bremen, war Französisch die am zweithäufigsten erlernte Fremdsprache. In Hamburg und Bremen nimmt die spanische Sprache den zweiten Platz ein. Insgesamt ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die Spanisch lernen, in den Stadtstaaten überdurchschnittlich hoch. Er beträgt in Hamburg 16 %, in Bremen 12 % und in Berlin 8 %. Während in den Stadtstaaten Spanisch damit häufiger erlernt wird als Latein, erlernen in den Flächenländern nach wie vor mehr Schülerinnen und Schüler die lateinische Sprache. Besonders hoch ist der entsprechende Anteil in Bayern und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 10 % sowie in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Thüringen mit jeweils 9 %.

Schülerinnen und Schüler nach ausgewählten erlernten Fremdsprachen

Sprachen	2006/2007	2016/2017	2006/2007	2016/2017
	Anzahl		%	
Englisch	7 515 046	7 184 236	80,3	85,8
Französisch	1 759 431	1 475 793	18,8	17,6
Latein	819 373	632 056	8,8	7,6
Spanisch	259 301	425 066	2,8	5,1

2.7

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Von einem sonderpädagogischen Förderbedarf wird ausgegangen, wenn Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so beeinträchtigt sind, dass sie für ein erfolgreiches schulisches Lernen auf eine sonderpädagogische Förderung angewiesen sind. Es kann zwischen einem integrativen Unterricht dieser *Schülerinnen und Schüler* an allgemeinbildenden *Schulen* und einem Unterricht an *Förderschulen* unterschieden werden. Die Kennzahl stellt die Verteilung der *Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf* auf die verschiedenen Schularten dar. Von dieser Kennzahl ist die Förderschulbesuchsquote zu unterscheiden. Mit ihr wird der Anteil aller Schülerinnen und Schüler der 1. bis 10. Klasse an Förderschulen an allen Schülerinnen und Schülern dieser Klassenstufen berechnet.

Mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Im Schuljahr 2016/2017 wurde in Deutschland bei rund 497 400 Schülerinnen und Schülern von einem sonderpädagogischen Förderbedarf ausgegangen. Das waren rund 7 % der gesamten Schülerschaft in den Klassenstufen 1 bis 10. Rund 317 600 Schülerinnen und Schüler besuchten eine Förderschule.

Etwa 179 800 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden an den übrigen allgemeinbildenden Schulformen unterrichtet.

Im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 zeigt sich für alle Schulformen mit Ausnahme der Förderschulen ein deutlicher Anstieg des Anteils der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach ausgewählten Schularten

	2006/2007	2016/2017	2006/2007	2016/2017
	Anzahl		%	
Insgesamt	480 947	497 370	5,1	5,9
darunter:				
Grundschulen	46 308	76 257	1,5	2,8
Schulartunabhängige Orientierungsstufen	2 946	5 902	3,0	5,7
Hauptschulen	12 678	19 973	1,3	4,7
Förderschulen	408 085	317 610	100	100

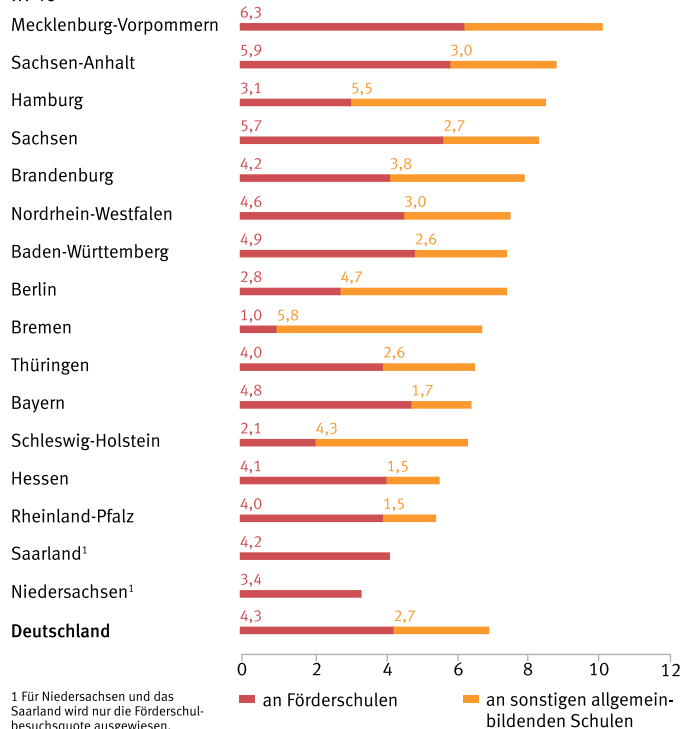
Unterschiedliche Entwicklung beim sonderpädagogischen Förderbedarf in den Bundesländern

Die Entwicklungen in den Bundesländern sind sehr unterschiedlich. Zu berücksichtigen ist, dass ein sonderpädagogischer Förderbedarf in den einzelnen Ländern nach unterschiedlichen Kriterien und Verfahren bestimmt und statistisch erhoben wird. Darüber hinaus haben die Förderangebote an allgemeinbildenden Schulen je nach Bundesland unterschiedliche Umfänge.

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern, die eine Förderschule besuchen. Die geringste Förderschulbesuchsquote weist Bremen aus. In den Stadtstaaten und in Schleswig-Holstein werden mittlerweile mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an sonstigen allgemeinbildenden Schulen unterrichtet als an Förderschulen.



Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf 2016/2017 in %



3 Schulerfolg

3.1

Wiederholeranteil

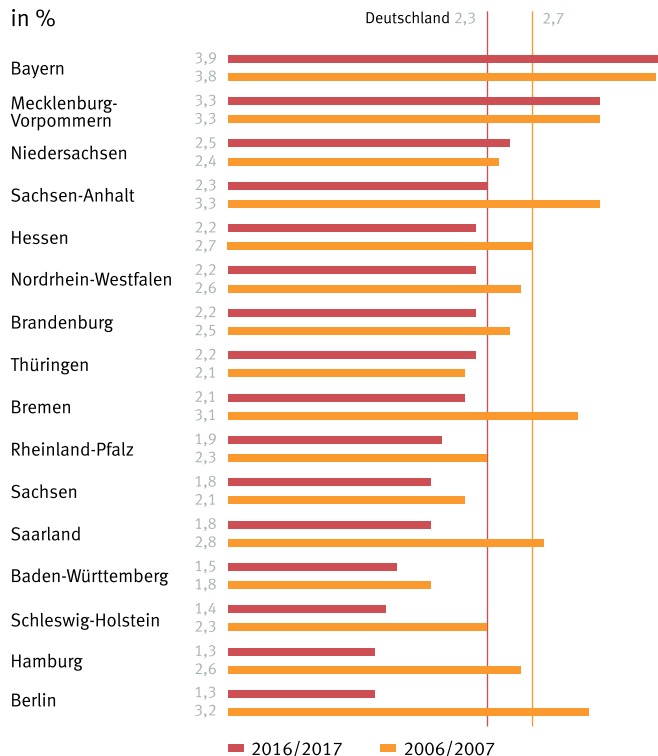
Die Kennzahl grenzt denjenigen Anteil der *Schülerinnen und Schüler* ab, die eine Klassenstufe zum zweiten Mal durchlaufen. Ist das Wiederholen mit einem Schulwechsel verbunden, werden die Schülerinnen und Schüler bei der aufnehmenden *Schule* gezählt. Bei der Berechnung wird die Anzahl der Klassenwiederholungen ins Verhältnis zur Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler gesetzt.

Klassenwiederholungen können die Motivation von Schülerinnen und Schülern positiv, aber auch negativ beeinflussen. Ungeachtet dessen führen Klassenwiederholungen zu erheblichen Mehraufwendungen im Bildungsbereich. Die Kosten vorbeugender Maßnahmen zur Vermeidung von Klassenwiederholungen gelten als wesentlich niedriger als diejenigen, die dadurch entstehen, dass Schülerinnen und Schüler ein weiteres Jahr zur Schule gehen.

2 % der Schülerschaft durchlaufen eine Klasse zum zweiten Mal

Insgesamt 148 200 Schülerinnen und Schüler wiederholten im Schuljahr 2016/2017 eine Klasse. Klassenwiederholungen waren bei Jungen häufiger als bei Mädchen. 2,8 % der Schüler gegenüber 1,8 % der Schülerinnen wiederholten ein Schuljahr. Im Bundesdurchschnitt lag im Schuljahr 2016/2017 der Anteil der Klassenwiederholungen bei 2,3 %.

Wiederholeranteil an allgemeinbildenden Schulen 2006/2007 und 2016/2017
in %



Weniger Klassenwiederholungen als vor zehn Jahren

In allen Bundesländern außer Bayern, Niedersachsen und Thüringen ist der Anteil der *Wiederholerinnen und Wiederholer* in den vergangenen zehn Jahren zurückgegangen oder gleich geblieben. Insbesondere Hamburg und Berlin wiesen im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 einen deutlich geringeren Anteil an Wiederholungen auf. In Berlin sank der Anteil von 3,2 auf 1,3 % und in Hamburg von 2,6 auf 1,3 %. Diese Veränderungen sind zum Teil auf länderspezifische Regelungen sowie deren Änderungen in den zurückliegenden Jahren zurückzuführen.

Anteil der Klassenwiederholungen an Hauptschulen am größten

Nach wie vor zeigt der Vergleich der Anteile der Klassenwiederholungen nach Schularten im Schuljahr 2016/2017, dass der Anteil der Schülerinnen und Schülern an *Hauptschulen* mit 4,7 % und an *Realschulen* mit 4,3 % am größten war. Am geringsten war der Anteil in den *Schulartunabhängigen Orientierungsstufen* mit 0,7 %. Ebenfalls gering (0,9 %) war der Anteil der Klassenwiederholungen in den *Grundschulen*, bei denen Wiederholungen allerdings nur in der 3. und 4. Klassenstufe ausgewiesen werden. Etwa 2,1 % der Schülerinnen und Schüler an *G8-Gymnasien* und 2,0 % an *G9-Gymnasien* sowie 1,5 % an *Integrierten Gesamtschulen* wiederholten eine Klassenstufe. Bei *Schularten mit mehreren Bildungsgängen* lag der Anteil bei 3,4 %.

Wiederholerinnen und Wiederholer nach Schularten 2016/2017

Schularten	%
Hauptschulen	4,7
Realschulen	4,3
Schulen mit mehreren Bildungsgängen	3,4
G8-Gymnasien	2,1
G9-Gymnasien	2,0
Integrierte Gesamtschulen	1,5
Grundschulen	0,9
Schulartunabhängige Orientierungsstufen	0,7



3.2

Schulübergang in den Sekundarbereich I

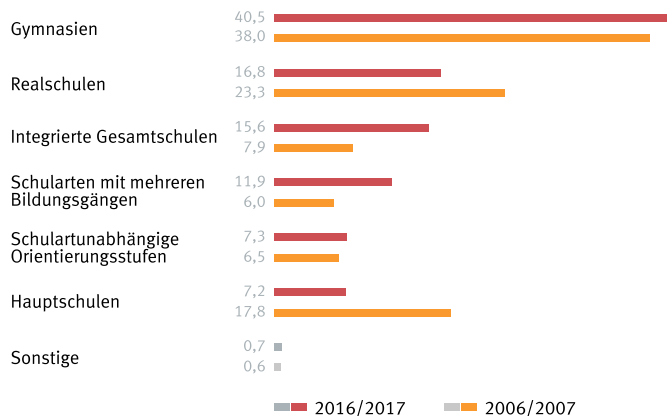
Die Übergangsquote von der *Grundschule* auf weiterführende *Schulen* gibt an, welcher Anteil der Grundschülerinnen und Grundschüler auf die verschiedenen weiterführenden Schularten wechselt. Die Eingangsklassen der weiterführenden Schulen liegen in der Regel in der 5. Klasse, in Berlin und Brandenburg in der 7. Klasse. Besonders bei stärker gegliederten Schulsystemen liefert diese Kennzahl Informationen, inwieweit der Übergang zu einer Segregation von *Schülerinnen und Schülern* beiträgt – inwiefern also der Schulübergang eine Trennung der heterogenen Schülerschaft im Primarbereich in vergleichsweise homogene Schülergruppen im Sekundarbereich begünstigt.

Wechsel auf Gymnasien am häufigsten

Im Schuljahr 2016/2017 haben 654 000 Schülerinnen und Schüler von der Grundschule in den Sekundarbereich I gewechselt. Mit 40 % wechselte der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler auf *Gymnasien*, 30 % davon auf G8-Gymnasien, die übrigen 10 % auf G9-Gymnasien. 17 % wechselten auf *Realschulen*, 16 % auf *Integrierte Gesamtschulen* und 12 % auf *Schularten mit mehreren Bildungsgängen*. Lediglich jeweils 7 % besuchten im Anschluss an die Grundschule eine *Hauptschule* oder eine *Schulartunabhängige Orientierungsstufe*. Nur wenige Schülerinnen und Schüler

besuchten nach der Grundschule *Förderschulen* (0,6 %) und *Freie Waldorfschulen* (0,1 %). Im Zehnjahresvergleich zeigt sich ein deutlicher Anstieg des Übergangs auf die Integrierten Gesamtschulen um 8 Prozentpunkte und die Schularten mit mehreren Bildungsgängen um 6 Prozentpunkte. Der Anteil der Übergänge auf Gymnasien erhöhte sich um 2 Prozentpunkte. Demgegenüber ging in diesem Zeitraum der Anteil der Hauptschulen um 11 Prozentpunkte, der Anteil der Realschulen um 7 Prozentpunkte zurück.

Übergang von Grundschulen in den Sekundarbereich I 2006/2007 und 2016/2017 in %

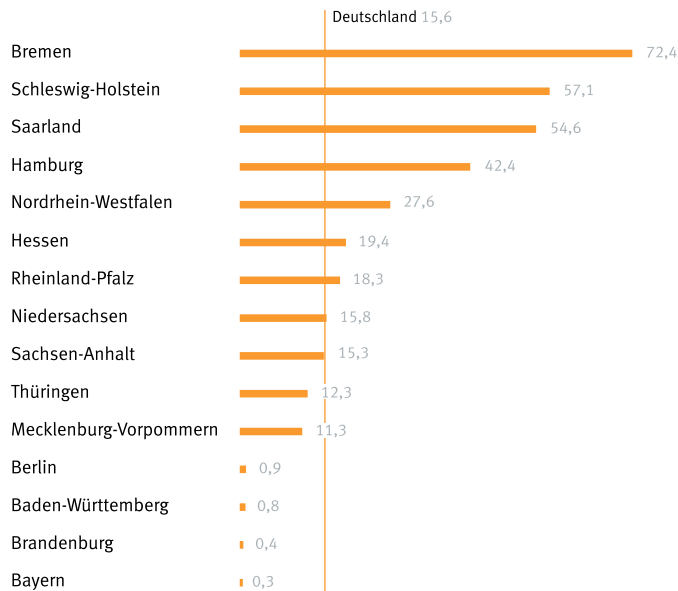


Wechsel auf Integrierte Gesamtschulen nimmt stetig zu

72 % und damit sieben von zehn Grundschülerinnen und Grundschülern in Bremen wechselten im Schuljahr 2016/2017 nach der Grundschule auf eine Integrierte Gesamtschule. Auch in Schleswig-Holstein (57 %), im Saarland (55 %) und in Hamburg (42 %) wechselte ein hoher Schüleranteil an Schulen, die institutionell den Integrierten Gesamtschulen zugeordnet sind.

Unter den Ländern, in denen Integrierte Gesamtschulen oder strukturell entsprechende Schularten angeboten werden und in denen mit der 5. Klasse ein differenziertes Schulsystem beginnt, hatten Bayern (0,3 %), Brandenburg (0,4 %), Baden-Württemberg (0,8 %) und Berlin (0,9 %) die niedrigsten Übergangsquoten an Integrierte Gesamtschulen. Der niedrige Anteil der Schülerinnen und Schüler in Berlin und Brandenburg, die nach der 4. Klasse an die Integrierte Gesamtschule wechselten, war unter anderem durch die sechsjährige Grundschulzeit bedingt. In Mecklenburg-Vorpommern war dies mit 11 % durch die Zuordnung der Integrierten Gesamtschulen zu den Schularten mit mehreren Bildungsgängen in den Klassen 5 und 6 begründet. Die Anteile der einzelnen Schularten wurden außerdem stark durch die länderspezifische Schulstruktur beeinflusst.

Übergangsquote von der Grundschule in die 5. Klassenstufe von Integrierten Gesamtschulen 2016/2017 in %



Ohne Sachsen.

3.3

Schulische Herkunft beim Übergang in den Sekundarbereich II von Gymnasien

Die Kennzahl zeigt die schulische Herkunft von *Schülerinnen und Schülern* beim Übergang in den Sekundarbereich II von *Gymnasien*. Die *G8-Reform* hat diesen Übergang allerdings weniger einheitlich gemacht: In achtjährigen Gymnasien wird das 10. Schuljahr schon dem Sekundarbereich II zugerechnet, während in neunjährigen Gymnasien der Sekundarbereich II erst ab der 11. Klassenstufe gilt. Bei der Berechnung der Kennzahl wurde dies berücksichtigt.

Neun von zehn Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe waren bereits auf dem Gymnasium

Im Schuljahr 2016/2017 haben 290 200 Schülerinnen und Schüler in den Sekundarbereich II von Gymnasien gewechselt. 93 % davon besuchten auch im vorherigen Schuljahr ein Gymnasium. 4 % besuchten zuvor eine *Realschule*. Die übrigen Schülerinnen und Schüler (jeweils etwa 1 %) stammten aus *Integrierten Gesamtschulen* und *Schularten mit mehreren Bildungsgängen* sowie zu noch geringeren Anteilen aus *Hauptschulen*, *Freien Waldorfschulen* und *Förderschulen*. Zehn Jahre zuvor, im Schuljahr 2006/2007, war dies ähnlich: 93 % der Schülerinnen und Schüler besuchten vor dem Wechsel bereits ein Gymnasium, 5 % eine Realschule und 1 % eine Integrierte Gesamtschule.

Schulische Herkunft beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe

	Schülerinnen und Schüler der 11. Klasse (G9) sowie der Einführungsphase (G8) am Gymnasium			
	2006/2007	2016/2017	2006/2007	2016/2017
	Anzahl		%	
Insgesamt	281 887	290 177	100	100
darunter:				
Gymnasien	261 029	268 940	92,6	92,7
Realschulen	14 980	12 385	5,3	4,3
Integrierte Gesamtschulen	3 381	3 161	1,2	1,1
Hauptschulen	756	580	0,3	0,2
Schularten mit mehreren Bildungsgängen	428	2 014	0,2	0,7
Freie Waldorfschulen	53	83	0,0	0,0
Förderschulen	10	18	0,0	0,0

Gymnasiale Herkunft in allen Bundesländern am häufigsten

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2016/2017 in die gymnasiale Oberstufe wechselten und auch im vorherigen Schuljahr ein Gymnasium besuchten, reichte im Bundesländervergleich von 83 % im Saarland über jeweils 98 % in Sachsen und Brandenburg bis hin zu jeweils 99 % in Hamburg

und Sachsen-Anhalt. Die große Differenz ist auf die unterschiedlichen Schulstrukturen der Länder und deren Zugangsvoraussetzungen in die Sekundarbereiche I und II zurückzuführen.

In Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland lag der Anteil der Schülerschaft, der mit gymnasialer Herkunft in den Sekundarbereich II von Gymnasien wechselte, unter 90 %. In Bremen und Hessen stammten vergleichsweise viele Schülerinnen und Schüler aus den Integrierten Gesamtschulen. In Bremen war zudem der Anteil „ohne Angabe“ zur schulischen Herkunft relativ hoch. Aus Realschulen wechselten vor allem Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen (9 %) und Hessen (8 %) in die gymnasiale Oberstufe.

Schulische Herkunft beim Übergang in den Sekundarbereich II allgemeinbildender Gymnasien 2016/2017

	Gymnasium	Realschule	Integrierte Gesamtschule	Schulart mit mehreren Bildungsgängen	sonstige Schularten/ keine Angaben
	%				
Deutschland	92,7	4,3	1,1	0,7	1,3
Baden-Württemberg	97,4	1,2	0,0	0,0	1,4
Bayern	94,2	4,4	0,0	0,0	1,4
Berlin	96,0	0,0	0,2	0,0	3,9
Brandenburg	97,5	0,0	0,2	0,9	1,4
Bremen	83,6	0,0	9,9	1,8	4,7
Hamburg	98,8	0,0	0,1	0,0	1,1
Hessen	83,4	8,0	7,9	0,0	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	94,8	0,0	0,4	2,6	2,2
Niedersachsen	93,4	5,2	0,5	0,0	1,0
Nordrhein-Westfalen	89,2	9,1	0,5	0,1	1,1
Rheinland-Pfalz	92,3	1,5	0,5	4,6	1,1
Saarland	83,0	2,0	1,8	11,9	1,2
Sachsen	97,6	0,0	0,0	1,5	0,9
Sachsen-Anhalt	98,6	0,0	0,0	0,8	0,6
Schleswig-Holstein	92,8	0,2	5,2	0,6	1,3
Thüringen	94,7	0,0	0,2	4,0	1,0

3 Schulerfolg

3.4

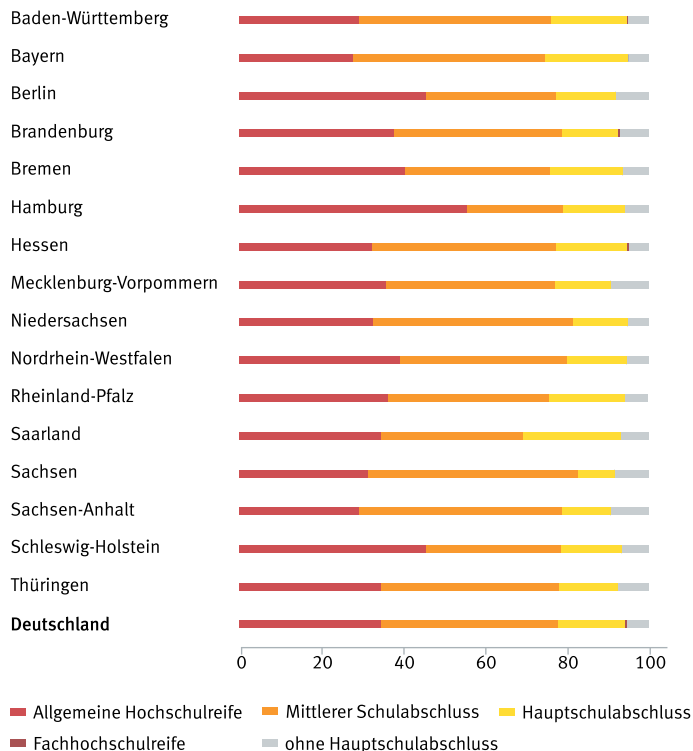
Schulabschlüsse nach Abschlussart

Die Kennzahl zeigt die Verteilung der Abschlüsse nach Abschlussarten an allgemeinbildenden *Schulen* eines Schuljahres. Zur Sicherung der Humanressourcen und der individuellen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben streben Europäische Union, Bund und Länder eine Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung an. Der Beobachtung der *Absolventinnen und Absolventen* nach Abschlussarten kommt daher eine große Bedeutung zu.

Über 43 % der Schülerschaft haben einen mittleren Schulabschluss

2016 erreichten 855 600 *Schülerinnen und Schüler* einen Schulabschluss der allgemeinbildenden Schulen. Der größte Anteil mit mehr als 43 % beendete die Schule mit einem mittleren Schulabschluss. Fast 35 % schlossen mit der allgemeinen Hochschulreife, 16 % mit einem Hauptschulabschluss und nur 0,1 % mit der Fachhochschulreife ab. Nach den Konventionen der internationalen Bildungsberichterstattung führt die Schulstatistik seit dem Abgangsjahr 2012 Absolventinnen und Absolventen, die lediglich den schulischen Teil der Fachhochschulreife erworben haben, nicht mehr als *Studienberechtigte*, sondern ordnet sie dem mittleren Schulabschluss zu. Dadurch hat sich die Anzahl der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen mit Fachhochschulreife im Vergleich zu den Vorjahren verringert.

Ausgewählte Schulabschlüsse nach Bundesländern 2016 in %



6% der Schülerinnen und Schüler verließen die Schule ohne Hauptschulabschluss, darunter waren mehr Jungen als Mädchen. Der Anteil der Jungen, die einen Hauptschulabschluss erreichten, war zudem um 5 Prozentpunkte höher als bei den Mädchen. Umgekehrt verhielt es sich bei der allgemeinen Hochschulreife. Der Anteil der Absolventinnen lag hier mit 39% wesentlich höher als bei Absolventen mit 31%. Bei den Realschulabschlüssen und der Fachhochschulreife bestanden kaum geschlechtsspezifische Unterschiede.

Steigender Anteil der allgemeinen Hochschulreife bei sinkendem Anteil der Hauptschulabschlüsse

Im Zehnjahresvergleich nahm der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife an den Schulabschlüssen insgesamt um 10 Prozentpunkte zu. 2006 lag der Anteil bei 25%, 2016 betrug er fast 35%. Am deutlichsten war der Anstieg in Schleswig-Holstein und Hamburg. Der Anteil der Hauptschulabschlüsse sank dagegen insgesamt um 8 Prozentpunkte. Besonders stark war der Rückgang in Schleswig-Holstein mit 19 Prozentpunkten. Der Anteil der mittleren Abschlüsse ist in den vergangenen zehn Jahren im Bundesdurchschnitt leicht gestiegen. Während der Anteil der mittleren Abschlüsse in Bremen und Hamburg deutlich zurückging, nahm er in Baden-Württemberg und Bayern am stärksten zu.

Ausgewählte Schulabschlüsse im Zehnjahresvergleich 2006 und 2016

	Allgemeine Hochschulreife	Mittlerer Schulabschluss	Hauptschulabschluss
	Veränderung in Prozentpunkten		
Deutschland	9,6	2,1	– 8,2
Baden-Württemberg	6,2	8,5	– 13,6
Bayern	7,9	6,5	– 11,9
Berlin	9,9	0,5	– 9,2
Brandenburg	6,8	0,7	– 4,7
Bremen	10,6	– 5,5	– 3,1
Hamburg	20,8	– 5,7	– 7,3
Hessen	7,5	5,2	– 7,8
Mecklenburg-Vorpommern	10,5	– 2,4	– 4,8
Niedersachsen	10,5	0,6	– 5,7
Nordrhein-Westfalen	12,0	– 0,1	– 7,2
Rheinland-Pfalz	12,2	1,3	– 10,6
Saarland	8,8	1,7	– 8,6
Sachsen	3,1	– 0,7	– 2,1
Sachsen-Anhalt	5,1	2,2	– 3,3
Schleswig-Holstein	24,1	– 0,4	– 19,3
Thüringen	3,5	– 3,4	0,6

3 Schulerfolg

3.5

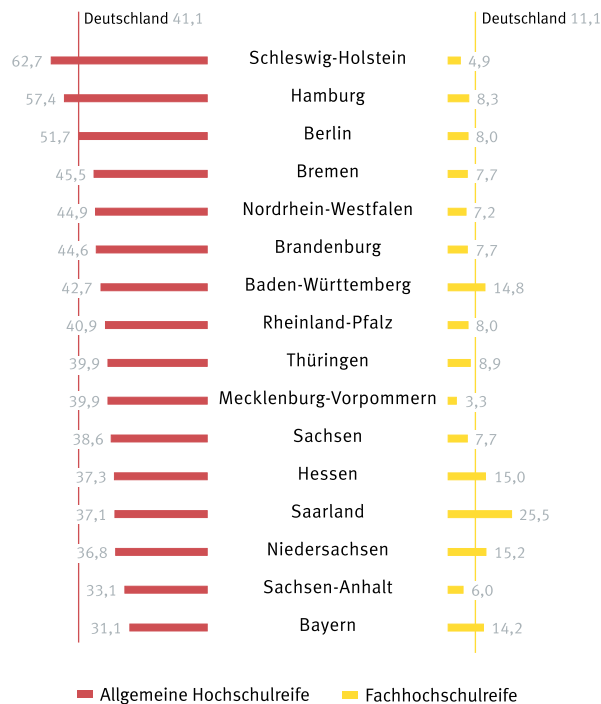
Studienberechtigtenquote

Die Kennzahl gibt den Anteil der Personen eines (synthetischen) Altersjahrgangs an, die innerhalb ihres Lebens einen zum Studium an einer deutschen Hochschule berechtigenden Schulabschluss erwerben. Sie wird nach dem *Quotensummenverfahren* errechnet: Für das betrachtete Jahr wird für jeden Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der *Schulabsolventinnen und Schulabsolventen* mit allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife ermittelt. Anschließend werden diese Anteile summiert. Zur Sicherung der Humanressourcen der Wissensgesellschaft wird es als erforderlich angesehen, die Anzahl der Studienberechtigten sowie der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen zu steigern.

52 % der Schulabsolventinnen und Schulabsolventen sind studienberechtigt

2016 erwarben etwa 454 000 Personen und damit 52 % aller Schulabsolventinnen und Schulabsolventen eine Studienberechtigung. 53 % davon waren weiblich. Somit erfüllte 2016 mehr als jede und jeder Zweite gemessen an den Gleichaltrigen in der Bevölkerung die schulischen Voraussetzungen für ein Hochschulstudium in Deutschland. Die Studienberechtigtenquote lag bei den Absolventinnen mit 58 % höher als bei den Absolventen mit 47 %.

Studienberechtigtenquote nach allgemeiner Hochschulreife und Fachhochschulreife 2016 in %



Zehn Bundesländer mit einer Studienberechtigtenquote über 50 %

Zwischen den Bundesländern variierte die Studienberechtigtenquote von 39 % bis 68 % beträchtlich. Relativ hoch war sie in Schleswig-Holstein (68 %), Hamburg (66 %) und dem Saarland (63 %) sowie Berlin (60 %) und Baden-Württemberg (58 %). Die relativ hohe Quote in Schleswig-Holstein ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2016 aufgrund der Umstellung auf die achtjährige Gymnasialzeit zwei Jahrgänge gleichzeitig ihre Hochschulreife erlangten. Im Vergleich dazu lag der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Studienberechtigung in Sachsen-Anhalt (39 %), Mecklenburg-Vorpommern (43 %) sowie Bayern (45 %) am niedrigsten.

41 % erreichen die allgemeine Hochschulreife

2016 erwarben 353 900 Personen und somit 41 % aller Absolventinnen und Absolventen die allgemeine Hochschulreife. Dieser Wert ergibt sich aus der Summe derjenigen Personen, die ihre allgemeine Hochschulreife an einer allgemeinbildenden Schule erreichten, und derjenigen, die diesen Abschluss an einer beruflichen Schule oder in anderen Bildungsangeboten erlangten. Die Fachhochschulreife erwarben 99 700 Absolventinnen und Absolventen. Damit lag die Studienberechtigtenquote für Fachhochschulen bei 11 %, wobei 2016 lediglich 0,1 % der Personen ihre Studienberechtigung an einer allgemeinbildenden Schule

erwarben, während 99 % der Berechtigungen an beruflichen Schulen vergeben wurden. Grund für die insgesamt niedrige Quote für Fachhochschulen ist die seit dem Abgangsjahr 2012 neue Definition, nach der die Absolventinnen und Absolventen, die lediglich den schulischen Teil der Fachhochschulreife erwerben, nicht mehr als Studienberechtigte ausgewiesen werden.



3.6

Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss

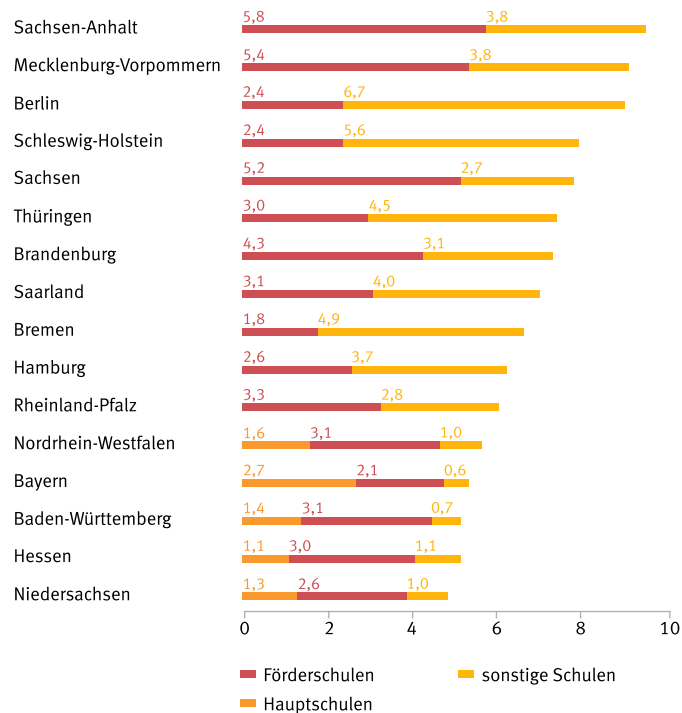
Die Kennzahl gibt den Anteil der *Schulabgängerinnen und Schulabgänger* eines (synthetischen) Altersjahrgangs an, der die allgemeinbildende *Schule* ohne Hauptschulabschluss verlässt. Sie wird nach dem sogenannten *Quotensummenverfahren* berechnet. Für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung wird der Anteil der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss ermittelt. Anschließend werden diese Anteile summiert.

Die Aussichten von Schulabgängerinnen und Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz sind häufig sehr gering. Für ihre Integration in den Arbeitsmarkt sind vielfach besondere Maßnahmen erforderlich.

Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss konstant

Im Abgangsjahr 2016 beendeten insgesamt 49 200 *Schülerinnen und Schüler* ihre Schullaufbahn ohne einen Hauptschulabschluss an einer allgemeinbildenden Schule. Bezogen auf die altersspezifische Bevölkerung gelang es damit 6 % eines Jahrgangs nicht, mindestens einen Hauptschulabschluss zu erwerben. Die Quote von Schülerinnen war dabei mit 5 % geringer als die von Schülern mit 7 %.

Abgängerinnen und Abgänger allgemeinbildender Schulen ohne Hauptschulabschluss 2016 in %



Die Hälfte der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss kommt von Förderschulen

51 % der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss stammten im Abgangsjahrgang 2016 von *Förderschulen*. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass etwa 81 % davon einen Abschluss für Lern- oder Geistigbehinderte erwarben.

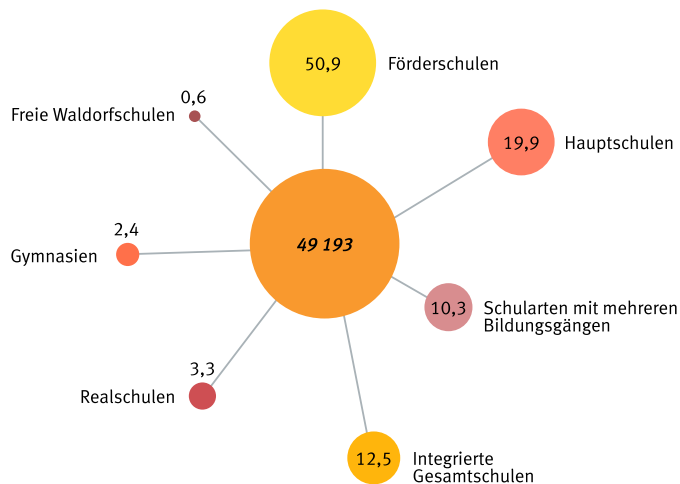
20 % der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss besuchten eine *Hauptschule*. Geringere Anteile sind den *Integrierten Gesamtschulen* (13 %), den *Schularten mit mehreren Bildungsgängen* (10 %) und den *Realschulen* (3 %) zuzurechnen. Nur wenige Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss besuchten Gymnasien und Freie Waldorfschulen.

Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss in den neuen Ländern am höchsten

Im Ländervergleich wird deutlich, dass in den meisten ostdeutschen Bundesländern der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss überdurchschnittlich hoch ist. In Sachsen-Anhalt verließen 10 % eines Jahrgangs die allgemeinbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss, in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin lag dieser Wert jeweils bei 9 %, in Sachsen und Thüringen bei 8 %. Die überdurchschnittlichen Werte der ostdeutschen Bundesländer können auf überdurchschnittlich

hohe Anteile von Schülerinnen und Schülern an Förderschulen an der Gesamtschülerzahl zurückgeführt werden. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die Kennzahl diejenigen Schülerinnen und Schüler nicht erfasst, denen es gelingt, ihren Hauptschulabschluss an beruflichen Schulen oder in anderen Bildungsangeboten nachzuholen.

Abgängerinnen und Abgänger allgemeinbildender Schulen ohne Hauptschulabschluss nach Schulart 2016 in %



4 Schulbetrieb

4.1

Anzahl und Art der Schulen

Die Kennzahl beschreibt die Schullandschaft in Deutschland. Sie gibt die absolute Anzahl an *Schulen* sowie die Vielfalt und Verteilung der Schularten wieder. Die Anzahl der Schulen und die Verteilung auf Schularten werden vom Anteil der Bevölkerung im schultypischen Alter sowie von der Schulstruktur, die durch historische Entwicklungen und politische Entscheidungen geprägt wird, beeinflusst. Ein wohnortnahes Bildungsangebot ist in den Stadtstaaten leichter zu erreichen.

Fast jede zweite Schule ist eine Grundschule

Im Schuljahr 2016/2017 gab es in Deutschland rund 33 500 Schulen. Dies waren 8 % bzw. 2 800 Schulen weniger als vor zehn Jahren. Rund 46 % bzw. 15 500 aller Schulen waren im Schuljahr 2016/2017 *Grundschulen*. Da Grundschulen wohnortnah errichtet werden und in der Regel nur vier Klassenstufen umfassen, sind Grundschulen im Verhältnis zu anderen Schularten eher kleine Schulen, erreichen aber dadurch einen hohen Anteil an der Gesamtzahl der Schulen.

Die *Förderschulen* und *Gymnasien* hatten den zweitgrößten Anteil mit jeweils 9 %, gefolgt von den *Hauptschulen* mit 8 %. Die *Realschulen*, die *Schularten mit mehreren Bildungsgängen* sowie die *Integrierten Gesamtschulen* mit jeweils 6 % und die *Schulartun-*

abhängigen Orientierungsstufen mit 3 % waren nicht so häufig vertreten, ebenso die *Freien Waldorfschulen* mit 1 %. Die sonstigen Schulen mit 6 % umfassten die Vorklassen, Schulkindergärten, Abendschulen und Kollegs.

Allgemeinbildende Schulen nach Schularten 2006/2007 und 2016/2017 in %



Verdreifachung der Integrierten Gesamtschulen innerhalb von zehn Jahren

Im Vergleich der Schularten wurden 45 % der Hauptschulen, 30 % der Realschulen und 14 % der Förderschulen in den vergangenen zehn Jahren geschlossen. Die Zahl der Integrierten Gesamtschulen hat sich hingegen fast verdreifacht, während die Schularten mit mehreren Bildungsgängen sowie die Freien Waldorfschulen einen Zuwachs von 40 % bzw. 16 % verzeichneten.

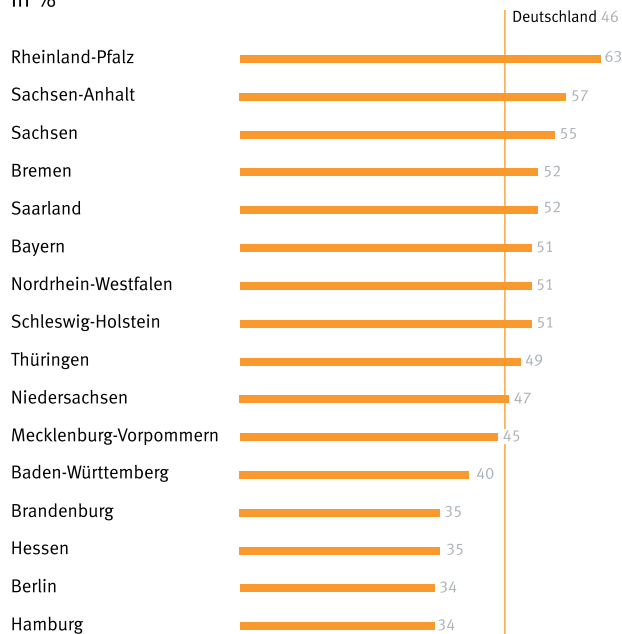
Rheinland-Pfalz mit dem größten Anteil an Grundschulen

Im Bundesländervergleich hatten im Schuljahr 2016/2017 Rheinland-Pfalz mit 63 %, Sachsen-Anhalt mit 57 % und Sachsen mit 55 % die höchsten Anteile an Grundschulen. Bremen und das Saarland mit 52 % sowie Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein mit jeweils 51 % und Thüringen mit 49 % lagen ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt. Den geringsten Anteil an Grundschulen wiesen die Stadtstaaten Berlin und Hamburg auf. Hier lagen die Anteile der Grundschulen an allen Schulen mit gut einem Drittel am niedrigsten.

Dass in den Stadtstaaten anteilig weniger Grundschulen für ein wohnortnahes Bildungsangebot benötigt werden, zeigt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler je Schule: So wurden in Bremen durchschnittlich 200, in Hamburg und Berlin rund 300 Schülerinnen und Schüler an einer Grundschule betreut. In den Flächenländern

Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz waren hingegen mit gut 140, in Thüringen und Baden-Württemberg mit 150 Kindern je Grundschule eher kleine Grundschulen vorhanden.

Anteil der Grundschulen an allen Schulen 2016/2017 in %



4 Schulbetrieb

4.2

Schülerinnen und Schüler je Schule

Die Kennzahl gibt die durchschnittliche Größe der *Schulen* an. Bei der Berechnung wird die Anzahl der *Schülerinnen und Schüler* ins Verhältnis zur Anzahl der Schulen gesetzt. Die durchschnittlichen Schulgrößen unterscheiden sich je nach Schulart, Anzahl der Jahrgangsstufen und Einzugsgebiet. Zudem werden sie von der Anzahl der Personen im schultypischen Alter beeinflusst.

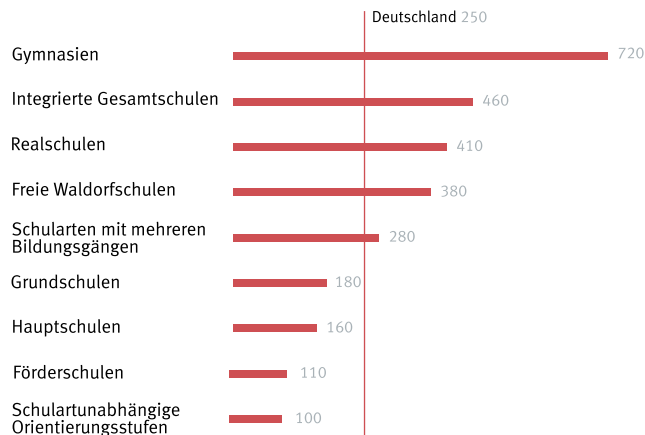
Durchschnittliche Schulgrößen bleiben relativ konstant

Deutschlandweit wurden im Schuljahr 2016/2017 im Durchschnitt rund 250 Schülerinnen und Schüler je Schule unterrichtet. Dieser Wert blieb in den vergangenen zehn Jahren relativ konstant. Die größten allgemeinbildenden Schulen waren die *Gymnasien* mit durchschnittlich rund 720 Schülerinnen und Schülern, gefolgt von den *Integrierten Gesamtschulen* mit 460 und den *Realschulen* mit 410 Schülerinnen und Schülern je Schule.

Während die Durchschnittsgröße der Integrierten Gesamtschulen im Zehnjahresvergleich um rund 270 Schülerinnen und Schüler gesunken ist, hat sie sich bei den Gymnasien nur um 70 und bei den Realschulen nur um 30 Schülerinnen und Schüler verringert. Ein Grund für die sinkende Durchschnittsgröße der Integrierten Gesamtschulen ist die hohe Zahl an Schulgründungen in den vergangenen zehn Jahren (+ 197 %), während die Zahl der Schü-

lerinnen und Schüler in dieser Schulart nur um 88 % gestiegen ist. An den *Grundschulen* und *Hauptschulen* lernten 2016/2017 rund 180 bzw. 160 Schülerinnen und Schüler je Schule. Hier haben sich die Schulgrößen um 10 bzw. 35 Schülerinnen und Schüler verkleinert. Die Schulen mit mehreren Bildungsgängen weisen einen Anstieg von 45 Schülerinnen und Schülern je Schule auf.

Durchschnittliche Schüleranzahl an allgemeinbildenden Schulen nach Schularten 2016/2017



Kleinste Schulen in Brandenburg

Die durchschnittliche Größe der Schulen unterschied sich im Schuljahr 2016/2017 je nach Bundesland deutlich. Die kleinsten Schulen mit durchschnittlich 170 Schülerinnen und Schülern lagen in Brandenburg, gefolgt von Hessen mit 190 und Baden-Württemberg mit 200. Die meisten Schülerinnen und Schüler je Schule wurden im Schuljahr 2016/2017 mit rund 350 Personen in Nordrhein-Westfalen unterrichtet, gefolgt von Bremen mit 320 sowie Saarland und Hamburg mit jeweils 290 Schülerinnen und Schülern je Schule.

Größte Gymnasien in Bremen

Die im Durchschnitt größten Grundschulen befanden sich in Berlin mit 270 Schülerinnen und Schülern je Schule, die kleinsten in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz mit jeweils 140. In Bremen gab es zudem die im Durchschnitt größten Gymnasien mit etwa 900 Schülerinnen und Schülern, während Mecklenburg-Vorpommern mit 450 Schülerinnen und Schülern die kleinsten Gymnasien verzeichnete. In Bayern sind die Integrierten Gesamtschulen mit durchschnittlich 920 Schülerinnen und Schülern besonders groß, in Baden-Württemberg mit 190 besonders klein.

Durchschnittliche Schüleranzahl an allgemeinbildenden Schulen nach Bundesländern 2016/2017



4.3

Schülerinnen und Schüler je Klasse

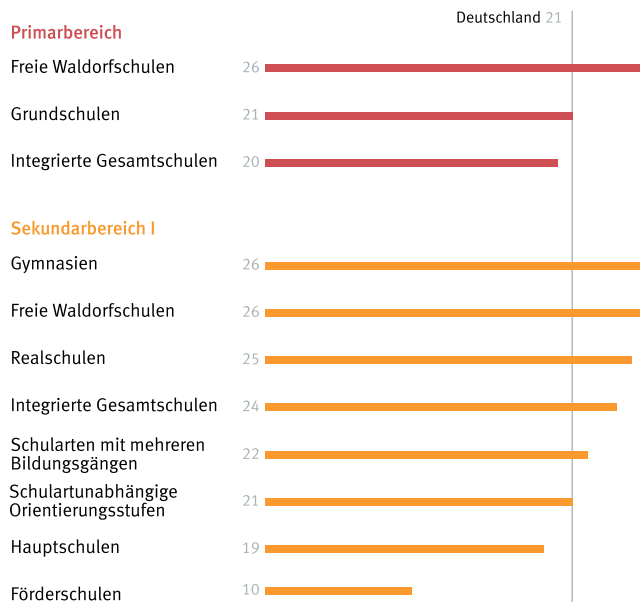
Die Kennzahl gibt Auskunft über die durchschnittliche Klassengröße. Bei der Berechnung werden die Anzahl der *Schülerinnen und Schüler* im Primarbereich und im Sekundarbereich I ins Verhältnis zur Anzahl der Klassen gesetzt. Je nach Schulart gibt es unterschiedliche Vorgaben von Klassenteilern. Die Schularten, in denen es keine festen Klassenstrukturen gibt, werden nicht berücksichtigt.

Die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse kann zur Beschreibung der Unterrichtssituation herangezogen werden. Tendenziell kann in kleineren Klassen eine intensivere Betreuung durch die *Lehrkräfte* stattfinden, jedoch steigen mit kleinen Klassengrößen die durchschnittlichen Kosten je Schülerin und Schüler.

Durchschnittliche Klassengröße relativ konstant

Im Schuljahr 2016/2017 lag die durchschnittliche Klassengröße bei 21 Schülerinnen und Schülern. Während es in *Grundschulen* und im Primarbereich der *Integrierten Gesamtschulen* im Schuljahr 2016/2017 im Durchschnitt jeweils 21 bzw. 20 Kinder je Klasse gab, wurden in den *Freien Waldorfschulen* in den ersten Klassenstufen durchschnittlich 26 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. In *Förderschulen* wurden zehn Schülerinnen und Schüler in einer Klasse betreut.

Durchschnittliche Schüleranzahl je Klasse nach Schularten 2016/2017



Kleinere Klassen als vor zehn Jahren

Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler je Klasse lag im Schuljahr 2016/2017 in *Hauptschulen* bei 19 sowie in den *Schulart-unabhängigen Orientierungsstufen* und bei den *Schularten mit mehreren Bildungsgängen* bei jeweils 21 bzw. 22 Personen. Im Sekundarbereich I der Integrierten Gesamtschulen und in den *Realschulen* lagen die durchschnittlichen Klassengrößen bei 24 bzw. 25 Schülerinnen und Schülern, im Sekundarbereich I des *Gymnasiums* und der Freien Walddorfschulen jeweils bei 26.

In fast allen Schularten haben sich damit die durchschnittlichen Klassengrößen im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 um bis zu drei Schülerinnen und Schüler verkleinert.

Größte durchschnittliche Klassengröße in Nordrhein-Westfalen

Beim Bundesländervergleich ist zu berücksichtigen, dass ein größerer Anteil von Schularten, die typischerweise kleine Klassengrößen haben, zu einer kleineren durchschnittlichen Klassengröße des Bundeslandes führten. Der Anteil der Schularten wird von der Bevölkerungsentwicklung und bildungspolitischen Entscheidungen beeinflusst.

Die meisten Schülerinnen und Schüler je Klasse wurden im Schuljahr 2016/2017 mit 24 Personen in Nordrhein-Westfalen unterrichtet. In diesem Land lag die Anzahl der Schülerinnen und Schüler

je Klasse in allen Schularten im Sekundarbereich I überdurchschnittlich hoch. Die durchschnittlich kleinsten Klassen waren in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 19 Schülerinnen und Schülern je Klasse zu finden.

Durchschnittliche Schüleranzahl je Klasse 2016/2017

Mecklenburg-Vorpommern Sachsen-Anhalt	19	
	20	Baden-Württemberg Hessen Niedersachsen Thüringen
Bayern Brandenburg Bremen Hamburg Rheinland-Pfalz Saarland Sachsen	21	
	22	Berlin Schleswig-Holstein
Nordrhein-Westfalen	24	
	21	Deutschland

4.4

Altersverteilung der Lehrkräfte

Die Kennzahl beschreibt die Verteilung der vollzeitbeschäftigten und teilzeitbeschäftigten *Lehrkräfte* nach Altersgruppen. Sie gibt Auskunft darüber, wie viele Personen in den nächsten Jahren in den Ruhestand treten werden. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schülerzahlen gibt die Kennzahl einen Hinweis auf den Ersatzbedarf an neuen Lehrkräften.

40 % der Lehrkräfte sind 50 Jahre und älter

Im Schuljahr 2016/2017 waren 40 % der 673 200 vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte in Deutschland 50 Jahre und älter. Davon waren 41 % Lehrer und 39 % Lehrerinnen. Zehn Schuljahre zuvor betrug der Anteil der Lehrkräfte, die 50 Jahre und älter waren, noch 50 %.

Die größte Altersgruppe der Lehrkräfte bildeten im Schuljahr 2016/2017 die 40- bis unter 50-Jährigen mit 27 %, gefolgt von den 30- bis unter 40-Jährigen sowie den 50- bis unter 60-Jährigen mit jeweils 26 %. 14 % der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen waren 60 Jahre und älter. Lediglich 7 % der Lehrkräfte waren jünger als 30 Jahre. Der geringe Anteil jüngerer Lehrkräfte ist unter anderem auf die Dauer der Hochschulausbildung zurückzuführen.

Lehrkräfte ab 50 Jahren an allgemeinbildenden Schulen 2016/2017 in %



Bremen, Saarland:
Ergebnisse des Vorjahres.

Lehrkräfte unter 30 Jahren häufig an Grundschulen und Integrierten Gesamtschulen

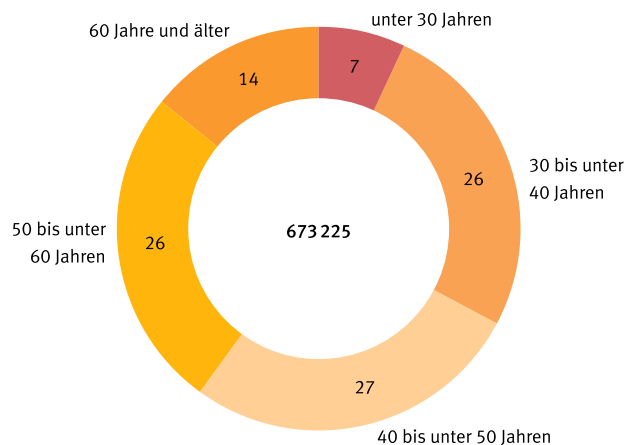
Die Altersverteilung der Lehrkräfte unterschied sich zwischen den verschiedenen Schularten. Der Anteil der unter 30-jährigen Lehrkräfte war im Schuljahr 2016/2017 an den *Grundschulen* und *Integrierten Gesamtschulen* mit 9% am höchsten. Auch an *Realschulen* waren die Anteile der jungen Lehrkräfte im Schulartenvergleich mit 8% recht hoch. Der geringste Anteil an jungen Lehrkräften unter 30 Jahren war mit nur 3% an *Freien Waldorfschulen* zu finden.

Der Anteil der Lehrkräfte über 60 Jahre war am höchsten an *Schulartunabhängigen Orientierungsstufen* und an *Freien Waldorfschulen* mit jeweils 18%, gefolgt von *Hauptschulen* mit 17%. Der geringste Anteil der älteren Lehrerschaft war an *Integrierten Gesamtschulen* mit 12% zu finden.

Jüngstes Lehrerkollegium in Baden-Württemberg

Die jüngsten Lehrerkollegien mit den höchsten Anteilen an Lehrkräften unter 30 Jahren waren im Schuljahr 2016/2017 in Baden-Württemberg mit mehr als 9% sowie in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen mit jeweils fast 9% zu finden. Im Gegensatz dazu gab es die ältesten Lehrerkollegien mit den höchsten Anteilen an Lehrkräften über 50 Jahre in Thüringen mit 65%, in Sachsen-Anhalt mit 63% und in Mecklenburg-Vorpommern mit 61%.

Altersverteilung der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen
2016/2017
in %



4.5

Geschlechterverteilung der Lehrkräfte

Die Kennzahl beschreibt den Anteil der Frauen an den *Lehrkräften* in den einzelnen Schularten in Deutschland. Bei der Berechnung werden die weiblichen Lehrkräfte ins Verhältnis zu den Lehrkräften insgesamt gesetzt. Die Kennzahl stellt dar, in welchem Umfang Erziehung und Unterricht der *Schülerinnen und Schüler* in den Bildungsstufen von Frauen oder Männern geprägt wird.

Sieben von zehn Lehrkräften sind weiblich

Im Schuljahr 2016/2017 waren 73 % der Lehrkräfte an allgemeinbildenden *Schulen* weiblich. Der Anteil der Frauen war dabei bei den teilzeitbeschäftigten Lehrkräften mit 88 % deutlich höher als bei den Vollzeitbeschäftigten mit 64 % und den stundenweise beschäftigten Lehrkräften mit 74 %.

Im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 ist der Anteil der Frauen am gesamten Lehrpersonal um rund 4 Prozentpunkte gestiegen. Während der Frauenanteil an den Teilzeitbeschäftigten im Vergleich zu 2006/2007 lediglich um 3 Prozentpunkte gestiegen ist, gab es bei den stundenweise beschäftigten Lehrkräften sowie bei den Vollzeitbeschäftigten einen Anstieg um jeweils rund 8 Prozentpunkte.

Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen nach Geschlecht und Schularten 2016/2017
in %



Anteil der Lehrerinnen in Gymnasien am geringsten

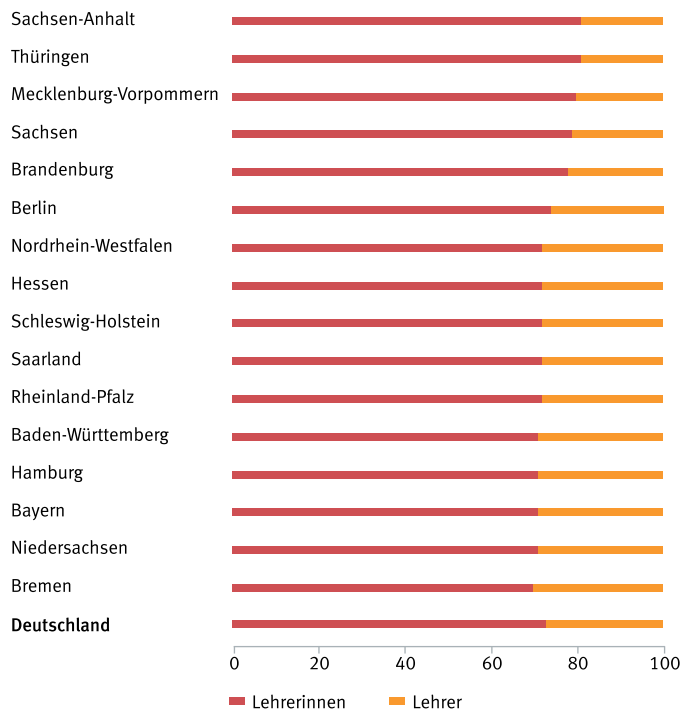
Betrachtet man den Frauenanteil in den verschiedenen Schularten, so wird deutlich, dass Frauen an *Grundschulen* besonders häufig und an weiterführenden Schulen anteilig geringer in den Kollegien vertreten sind. Am höchsten war der Frauenanteil an den Lehrkräften an den Grundschulen mit 89%. An den *Schulartunabhängigen Orientierungsstufen* und an den *Förderschulen* lagen die Frauenanteile mit 79 bzw. 77% ebenfalls verhältnismäßig hoch.

Die niedrigsten Frauenanteile am Lehrpersonal waren mit 60% an den *Gymnasien*, mit 63% an den *Freien Waldorfschulen* und mit 65% an den *Hauptschulen* zu finden.

Hohe Anteile an weiblichen Lehrkräften in den neuen Ländern

Der Frauenanteil am Lehrpersonal differierte im Schuljahr 2016/2017 zwischen den Bundesländern um rund 11 Prozentpunkte. Die ostdeutschen Bundesländer verzeichneten nach wie vor höhere Frauenanteile am Lehrpersonal als die westdeutschen Bundesländer. So erreichten Sachsen-Anhalt und Thüringen mit jeweils 81% die höchsten Frauenanteile, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 80%, Sachsen mit 79% und Brandenburg mit 78%. Dagegen erreichte Bremen mit 70% den geringsten Frauenanteil. Auch in den westdeutschen Bundesländern Bayern, Hamburg, Niedersachsen und Baden-Württemberg lagen die Frauenanteile mit jeweils 71% vergleichsweise niedrig.

Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen nach Geschlecht und Bundesländern 2016/2017 in %



5 Ausgaben für Schulen

5.1

Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten

Die Kennzahl vergleicht die Finanzausstattung für verschiedene Schularten bezogen auf die *Schülerinnen und Schüler*. Da sich die Schulartengliederung zwischen Finanzstatistik und Schulstatistik unterscheidet, wurde ein Verfahren zur Verteilung der Ausgaben auf die Schularten entwickelt. Alle Ergebnisse wurden nach der Berechnung gerundet.

Geringste Ausgaben für Grundschulen

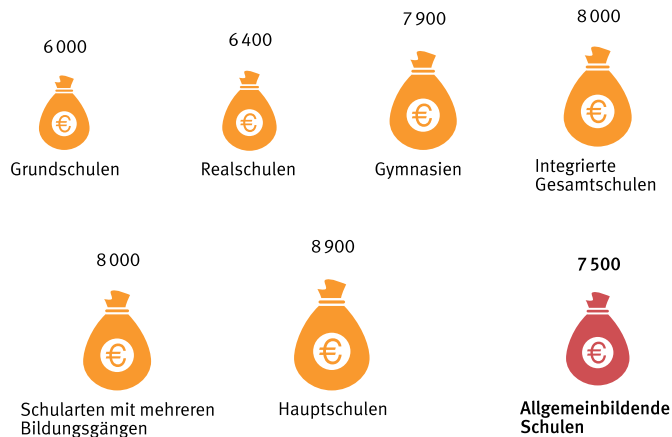
Im Haushaltsjahr 2015 wurden insgesamt 7 500 Euro je Schülerin und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden *Schulen* ausgegeben. Innerhalb der Gruppe der allgemeinbildenden Schulen lagen die *Grundschulen* mit 6 000 Euro und die *Realschulen* mit 6 400 Euro unter dem Durchschnitt, während *Gymnasien* mit 7 900 Euro und *Integrierte Gesamtschulen* sowie *Schularten mit mehreren Bildungsgängen* mit jeweils 8 000 Euro darüber lagen. Die höchsten Ausgaben je Schülerin und Schüler verzeichneten die *Hauptschulen* mit 8 900 Euro.

Unterschiede in der Höhe der Ausgaben je Schülerin und Schüler zwischen den Schularten und Bundesländern können vor allem zurückgeführt werden auf unterschiedliche Schüler-Lehrer-Relationen, differierende Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte, unterschiedliche

Klassengrößen und Schulstrukturen (z. B. Ganztagsbetreuung), abweichende Besoldungsstrukturen und -niveaus, Unterschiede in der Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit, zeitliche Verteilung von Investitionsprogrammen und Unterschiede im Gebäudemanagement.

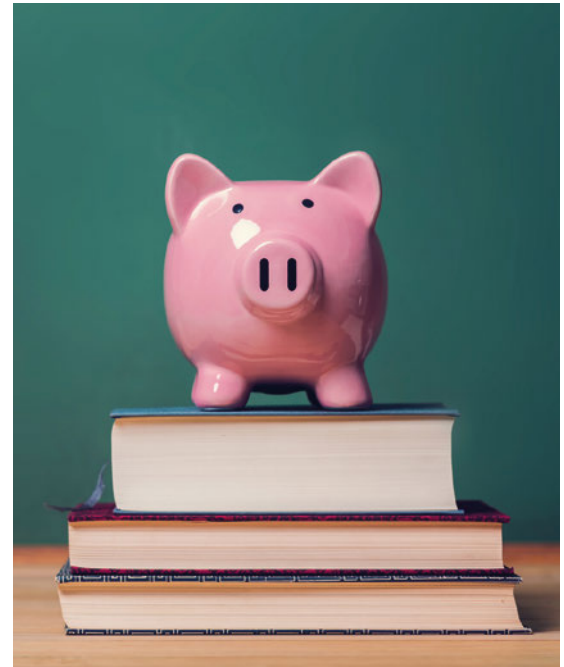
Ausgaben je Schülerin und Schüler nach ausgewählten Schularten 2015

in EUR



Stadtstaaten geben am meisten aus

Vergleicht man die Ausgaben für allgemeinbildende Schulen der einzelnen Länder mit dem Bundesdurchschnitt aller öffentlichen Schulen von 6 900 Euro je Schülerin und Schüler, so liegen die westlichen Flächenländer mit 6 700 Euro unter und die östlichen Flächenländer mit 7 200 Euro sowie die Stadtstaaten mit 8 600 Euro über dem Durchschnitt. Die höheren Ausgaben in den östlichen Flächenländern sind unter anderem auf die demografische Entwicklung zurückzuführen, da die Ausgaben zur Erhaltung eines wohnortnahen Bildungsangebots nur bedingt an den Schülerrückgang angepasst wurden.



5 Ausgaben für Schulen

5.2

Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Ausgabearten

Die Kennzahl beschreibt die länderspezifische Finanzausstattung öffentlicher *Schulen* bezogen auf die *Schülerinnen und Schüler*. Berücksichtigt werden die Ausgaben von Ländern und Gemeinden. Als Schulausgaben gehen dabei in die Berechnung ein: Personalausgaben für *Lehrkräfte* und sonstiges Personal (einschließlich unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen), laufende Sachausgaben (z. B. Lehrmaterialien, Heizkosten, Mieten) und Investitionsausgaben (z.B. Errichtung von Schulgebäuden).

6 900 Euro je Schülerin und Schüler

Im Jahr 2015 wurden an den öffentlichen Schulen in Deutschland durchschnittlich 6 900 Euro je Schülerin und Schüler ausgegeben. Dabei reichte die Spannweite in den Bundesländern von 6 000 Euro in Nordrhein-Westfalen bis 8 900 Euro in Berlin.

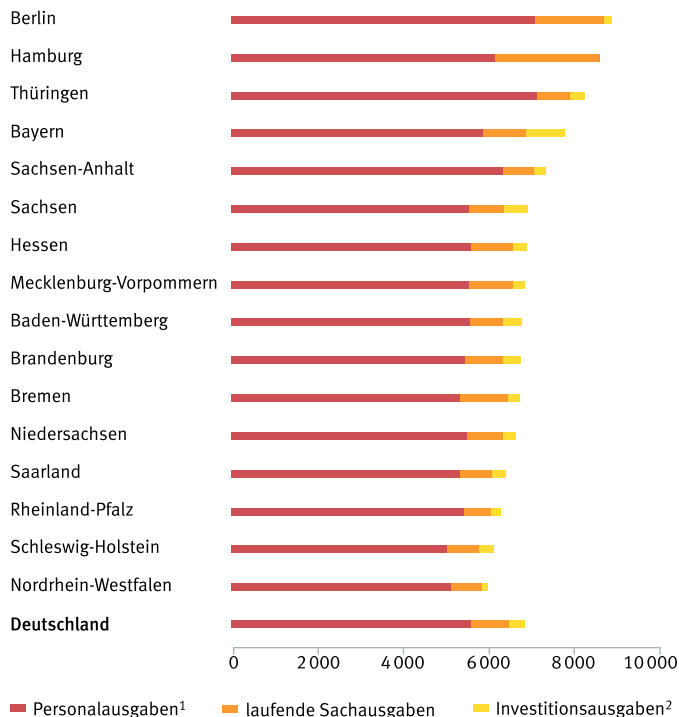
Bei einem tiefer gehenden Ausgabenvergleich auf der Länderebene ist zu beachten, dass die Schulstruktur und das Unterrichtsangebot zwischen den Ländern differieren. Dies geht beispielsweise auf Unterschiede in der Ganztagsbetreuung, den Betreuungsrelationen oder der Besoldungsstruktur zurück.

Etwa vier Fünftel der Ausgaben entfallen auf Personal

In allen Bundesländern entfällt der größte Teil der Ausgaben je Schülerin und Schüler auf die Personalausgaben. 2015 waren das im Bundesdurchschnitt rund 80 %.



Ausgaben nach Ausgabearten je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen 2015* in Euro



Länderspezifische Schwerpunkte bei Sachausgaben

2015 wurden an allgemeinbildenden Schulen im Bundesdurchschnitt 900 Euro je Schülerin und Schüler für die laufenden Sachausgaben verwendet. In Schulgebäude und andere Sachgüter wurden durchschnittlich 400 Euro investiert, wobei die Investitionsausgaben in Bayern mit 900 Euro sowie in Sachsen mit 500 Euro überdurchschnittlich hoch ausfielen.

Die laufenden Sachausgaben der Bundesländer unterscheiden sich durch landesspezifische Regelungen zur Lernmittelfreiheit, Unterschieden im Gebäudemanagement oder im erforderlichen Modernisierungsaufwand. Die Investitionsausgaben unterliegen aufgrund von länderspezifischen Programmen größeren Schwankungen im Zeitablauf.

* Darunter Ausgaben der staatlichen Ebene ohne Gemeinden und Gemeindeverbände, ohne Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs zwischen den Gebietskörperschaften und der unmittelbaren Einnahmen.

¹ Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen.

² Investitionen für Schulbaumaßnahmen sind teilweise über die Mieten im laufenden Sachaufwand berücksichtigt.

Abgängerinnen und Abgänger

Abgängerinnen und Abgänger der allgemeinbildenden Schulen sind Schülerinnen und Schüler des Berichtsschuljahres, die die Schulart nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht am Ende oder im Verlauf des Berichtsschuljahres ohne Abschluss verlassen haben und nicht auf eine andere allgemeinbildende Schulart gewechselt haben.

Absolventinnen und Absolventen

Absolventinnen und Absolventen der allgemeinbildenden Schulen sind Schülerinnen und Schüler des Berichtsschuljahres, die die Schulart mit Abschluss verlassen haben. Eingeschlossen werden Schülerinnen und Schüler, die auf eine andere allgemeinbildende Schulart gewechselt haben, um einen zusätzlichen Abschluss zu erwerben. Nicht als Absolventinnen und Absolventen zählen Schülerinnen und Schüler, die aus der 10. Klassenstufe der Integrierten Gesamtschule in die dortige gymnasiale Oberstufe übergehen.

Ausgaben je Schülerin und Schüler

Bei den dargestellten Ausgaben handelt es sich um unmittelbare Ausgaben von Bundesländern und Gemeinden für Personal, laufenden Sachaufwand und Investitionen im Aufgabenbereich Schule und Schulverwaltung. Die dort nachgewiesenen Personalausgaben werden um unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen entsprechend den Konzepten und

Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ergänzt. Die Ausgabekategorien sind nach der Haushaltssystematik der Finanzstatistik abgegrenzt. Die so ermittelten Ausgaben im Haushaltsjahr werden anschließend in Beziehung gesetzt zur Zahl der Schülerinnen und Schüler im selben Haushaltsjahr. Grundlage dafür sind die Angaben aus zwei benachbarten Schuljahren der Schulstatistik.

Bildungsbereiche/Bildungsstufen/Schulstufen

Die institutionelle Gliederung des allgemeinbildenden Schulwesens nach Schularten kann durch eine horizontale Stufengliederung nach Bildungsbereichen ergänzt werden. Diese sind durch eine einheitliche Schulbesuchsdauer und gleiches Bildungsniveau gekennzeichnet.

Vorklassen und Schulkindergärten werden zum Vorschulbereich (Elementarstufe) gezählt. Entsprechend der auch international üblichen Abgrenzung werden die Klassenstufen 1 bis 4 als Primarbereich (Grundstufe), 5 bis 10 als Sekundarbereich I und die gymnasiale Oberstufe als Sekundarbereich II bezeichnet. Eine Ausnahme im Sekundarbereich I bilden die zurzeit in einigen Bundesländern parallel existierenden neun- bzw. achtjährigen Gymnasien. Ungeachtet der jeweils länderspezifischen Zuordnung der Einführungsphase zum Sekundarbereich I oder II wird für Bundeszwecke bzw. Bundesländervergleiche diese grundsätzlich

der gymnasialen Oberstufe zugeordnet und damit im Sekundarbereich II nachgewiesen. Damit umfasst der Sekundarbereich I der achtjährigen Gymnasien nur noch die Klassenstufen 5 bis 9. Diese Darstellung gilt auch für die neuen Bundesländer, die seit ihrer Gründung achtjährige Gymnasien haben.

Da die Schulbesuchsjahre und das Qualifikationsniveau der Förderschulen im Regelfall nicht mit denen der übrigen Schularten zu vergleichen sind, werden die Förderschulen nicht in diese Stufengliederung einbezogen.

Einschulung

Als Einschulung gilt die Aufnahme in die 1. Klassenstufe, nicht dagegen in eine vorschulische Einrichtung. Zum wiederholten Male eingeschulte Kinder werden nicht mitgezählt. Einschulungen können „vorzeitig“, „fristgemäß“ oder „verspätet“ erfolgen. Nichteinschulungen können „Zurückstellungen“ oder „Befreiungen“ sein.

Förderschulen

Förderschulen haben den gleichen Bildungsauftrag wie die übrigen allgemeinbildenden Schulen. Sie dienen der Förderung und Betreuung körperlich, geistig und seelisch benachteiligter sowie sozial gefährdeter Kinder, die nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg in anderen Schulen unterrichtet werden können. Zu den Förderschulen zählen u. a. auch alle übrigen selbstständigen allgemein-

bildenden Schularten für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung, wie z. B. Realförderschulen und Gymnasialförderschulen. Gleichfalls werden dieser Schulart alle Zweige und Klassen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung zugeordnet, die aus schulorganisatorischen Gründen mit Grund-, Haupt-, Real- oder Gesamtschulen sowie mit Gymnasien verbunden sind.

Freie Waldorfschulen

Freie Waldorfschulen (1. bis 10. Klassenstufe und 11. und 12. bzw. 13. Jahrgangsstufe) sind private Ersatzschulen mit besonderer pädagogischer Prägung, die die Klassen 1 bis 12 von Grund-, Haupt- und teilweise auch Förderschulen sowie höheren Schulen als einheitlichen Bildungsgang nach der Pädagogik von Rudolf Steiner führen.

G8-Reform

G8 ist die Abkürzung für eine achtjährige Gymnasialschulzeit. Zwischen 2001 und 2007 wurde in Deutschland die sogenannte G8-Reform verabschiedet. Sie reduziert die Anzahl der Schuljahre bis zum Abitur von 13 auf zwölf Jahre. Allerdings hat die Umsetzung von G8 nicht dauerhaft die notwendige Akzeptanz als einzige Gymnasialoption gefunden. Aus diesem Grund ist ein verstärkte Rückkehr zu einer neunjährigen Gymnasialschulzeit beobachtbar.

Grundschulen

Grundschulen (1. bis 4. Klassenstufe) vermitteln Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang. Danach erfolgt der Übergang auf eine Orientierungsstufe bzw. auf eine weiterführende Schule. In den Bundesländern Berlin und Brandenburg umfasst die Grundschule die Klassen 1 bis 6. In der bundeseinheitlichen Statistik werden die 5. und 6. Klassenstufe an diesen Schulen der Schulartunabhängigen Orientierungsstufe zugeordnet.

Gymnasien

Gymnasien sind weiterführende Schulen, die im Normalfall unmittelbar an die Grundschulen, aber auch (ähnlich wie bei den Realschulen) an die Orientierungsstufe anschließen. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen sieben und neun Jahren. Das Abschlusszeugnis des Gymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen. Gymnasialförderschulen sind den Förderschulen zugeordnet.

Die neunjährigen Gymnasien (G9-Gymnasien) umfassen die Klassen 5 bzw. 7 bis 10 im Sekundarbereich I und die Jahrgangsstufen 11 bis 13 im Sekundarbereich II. In achtjährigen Gymnasien (G8-Gymnasien) treten an die Stelle der Jahrgangsstufen 11 bis 13 die Einführungsphase E sowie die Qualifizierungsphasen Q1 und Q2. Für Bundeszwecke bzw. Bundesländervergleiche werden diese

grundsätzlich in der gymnasialen Oberstufe und damit im Sekundarbereich II nachgewiesen. Damit umfasst der Sekundarbereich I der achtjährigen Gymnasien nur noch die Klassenstufen 5 bis 9.

Hauptschulen

Hauptschulen (5. bzw. 7. bis 9. bzw. 10. Klassenstufe) vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung und bereiten in der Regel auf den Besuch der Berufsschule vor. Der Abschluss der Hauptschule wird häufig auch als Berufsschulreife gewertet.

Integrierte Gesamtschulen

Integrierte Gesamtschulen (5. bis 9. bzw. 10. Klassenstufe) sind Einrichtungen mit integriertem Stufenaufbau, bei denen die verschiedenen Schularten zu einer Schuleinheit zusammengefasst sind. Diese Gesamtschulen können organisatorisch mit Grundschulen (Grundstufe = Klassenstufen 1 bis 4) und gymnasialen Oberstufen (Oberstufe = Jahrgangsstufen 11 bis 13) verbunden sein. Die Ergebnisse über die additiven und kooperativen Gesamtschulen sind nicht gesondert ausgewiesen, sondern bei den entsprechenden Schularten enthalten.

Klasse

Der Begriff „Klasse“ bezieht sich auf eine Lerngruppe von Schülerinnen und Schülern (Klassenverband), die in der Regel gemeinsam unterrichtet werden. In der reformierten Oberstufe der Gymnasien, den Integrierten Gesamtschulen, den Freien Waldorfschulen sowie bei den Abendgymnasien und Kollegs wurden die Klassenverbände überwiegend zugunsten von Grund- und Leistungskursen aufgelöst. Für die Jahrgangsstufen 11, 12 und 13 in den allgemeinbildenden Schulen werden einheitlich keine Klassen ausgewiesen, obwohl in der 11. Jahrgangsstufe Klassen existieren.

Lehrkräfte

Als Lehrkräfte gelten alle Personen, die ganz oder teilweise im Rahmen der gesetzlich oder vertraglich festgesetzten Pflichtstunden eigenverantwortlich unterrichten oder unterrichten müssten bzw. unter Berücksichtigung von Anrechnungsstunden eine Schule leiten.

Die Lehrkräfte werden derjenigen Schulart zugeordnet, an der sie ausschließlich bzw. überwiegend tätig sind. Die Lehrkräfte werden nach dem Beschäftigungsumfang in folgende Kategorien eingeteilt: vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte sowie stundenweise beschäftigte Lehrkräfte. Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte sind Personen, die mit voller Regelpflichtstundenzahl (Pflichtstunden = Unterrichtsstunden + Abminderungsstunden) tätig sind. Stunden-

weise beschäftigte Lehrkräfte sind mit weniger als 50 % der Regelpflichtstunden einer vollzeitbeschäftigten Lehrkraft tätig. Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter sowie Referendarinnen und Referendare werden – soweit sie selbstständig Unterricht erteilen – den stundenweise Beschäftigten zugeordnet, auch wenn sie mit mehr als 50 % der Regelpflichtstunden unterrichten.

Im Rahmen der Schulstatistik werden die Lehrkräfte als Personen gezählt. Davon zu unterscheiden ist die Umrechnung der teilzeit- und stundenweise beschäftigten Lehrkräfte in Vollzeitlehrkräfteeinheiten der Kultusministerkonferenz. Hier werden die individuellen Pflichtstundenzahlen der teilzeit- und stundenweise beschäftigten Lehrkräfte mit der jeweiligen Regelpflichtstundenzahl in Vollzeitlehrkräfteeinheiten umgerechnet.

Quotensummenverfahren

Für die Kennzahlen „Studienberechtigtenquote“ und „Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss“ wird der Anteil der Studienberechtigten bzw. der Abgängerinnen und Abgänger ohne Hauptschulabschluss an jedem einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung ermittelt und zu einer Quote aufsummiert. Die so berechnete Quote repräsentiert den Anteil der Personen einer synthetischen Alterskohorte, die zu einem beliebigen Zeitpunkt ihres Lebens eine Studienberechtigung erwerben bzw. allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen.

Realschulen

Realschulen (5. bzw. 7. bis 10. Klassenstufe) sind weiterführende Schulen, die unmittelbar im Anschluss an die vierjährige Grundschule oder aber nach Abschluss der Orientierungsstufe besucht werden können. Die Schulbesuchsdauer beträgt zwischen vier und sechs Jahren. Der Realschulabschluss eröffnet u. a. den Zugang zu den Fachoberschulen; er wird deshalb auch als Fachoberschulreife bezeichnet. Außerdem besteht für Absolventinnen und Absolventen sowie Abgängerinnen und Abgänger mit Realschulabschluss die Möglichkeit des Übergangs auf Gymnasien in Aufbauform. Die in Bayern eingerichteten „Drei- und vierstufigen Wirtschaftsschulen“ sind nach Landesrecht Berufsfachschulen, werden aber wegen des ähnlichen Bildungsgangs zusammen mit den Realschulen ausgewiesen. Die Realförderschulen sind den Förderschulen zugeordnet.

Schularten mit mehreren Bildungsgängen

Schularten mit mehreren Bildungsgängen (5. bzw. 7. bis 9. bzw. 10. Klassenstufe) vermitteln eine allgemeine Bildung und schaffen die Voraussetzung für eine berufliche Qualifizierung. Ab der 7. Klassenstufe beginnt eine Differenzierung. Die Schülerinnen und Schüler erwerben mit erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe den Hauptschulabschluss und mit erfolgreichem Besuch der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung den Realschulabschluss.

Schulartunabhängige Orientierungsstufen

Schulartunabhängige Orientierungsstufen sind schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie – ohne die Möglichkeit einer Trennung – bei diesen nachgewiesen.

Beispielsweise bilden in Rheinland-Pfalz die Klassenstufen 5 und 6 in der Hauptschule, Realschule und dem Gymnasium die Orientierungsstufe; sie ist schulartabhängig oder schulartübergreifend eingerichtet. Auch wenn sie schulartübergreifend geführt wird, gehört sie organisatorisch zu einer der beteiligten Schulen, sie wird deshalb statistisch den beteiligten Schularten zugeordnet.

Schule

Als Schule gilt eine Bildungsstätte bzw. -einrichtung oder Anstalt, in der Unterricht nach einem von der zuständigen Aufsichtsbehörde festgesetzten oder genehmigten Lehrplan erteilt wird. Schule kann als Verwaltungs- bzw. Organisationseinheit gesehen werden, d. h. mehrere Schularten können organisatorisch einer Schulleitung unterstellt sein. Daneben werden alle Schularten, die im Hinblick auf Lehrpläne, Bildungsziel bzw. Qualifikationsniveau einen eigenständigen Charakter haben, als Schulen gezählt. Außenstellen einer Schule, die räumlich in einer anderen Einrichtung untergebracht sind, werden nicht als Schulen gezählt.

Schülerinnen und Schüler

Als Schülerinnen und Schüler werden die im jeweiligen Schuljahr an einer allgemeinbildenden Schule angemeldeten Personen bezeichnet.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderungsbedarf besuchen neben Förderschulen zum Teil auch eine der übrigen allgemeinbildenden Schularten und werden bei der jeweiligen Schulart nachgewiesen.

Öffentliche Schulen

Öffentliche Schulen sind staatliche und solche nichtstaatlichen Schulen, die nach Landesrecht als öffentliche Schulen gelten. Alle übrigen Schulen zählen zu den privaten Schulen.

Private Schulen

Je nachdem, ob eine Privatschule einer vergleichbaren öffentlichen Schule entspricht oder nicht, handelt es sich um eine Ersatz- oder um eine Ergänzungsschule. Private Schulen sind nachgewiesen, wenn ihre Zuordnung zu den Schularten des Zuordnungskataloges nach dem Recht des jeweiligen Landes möglich ist (Ersatzschulen).

Studienberechtigte

Studienberechtigte sind Absolventinnen und Absolventen mit allgemeiner, fachgebundener oder Fachhochschulreife aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Wiederholerinnen und Wiederholer

Als Wiederholerinnen und Wiederholer gelten die Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenstufe zum zweiten Mal durchlaufen (z. B. wegen Nichtversetzung oder freiwilligem Rücktritt), unabhängig davon, ob sie die Schulart gewechselt haben. Ist das Wiederholen mit einem Schulwechsel verbunden, werden die Schülerinnen und Schüler bei der aufnehmenden Schule gezählt, das heißt Schülerinnen und Schüler, die im Gymnasium nicht versetzt werden und dieselbe Klassenstufe z. B. in der Realschule wiederholen, erscheinen in der Realschule als Wiederholerin bzw. als Wiederholer. Besucht der Schüler bzw. die Schülerin im laufenden Schuljahr die gleiche Klassenstufe wie im Vorjahr, dann zählt sie bzw. er als Wiederholerin bzw. als Wiederholer (Stichtagsvergleich).



www.destatis.de

Zentraler Auskunftsdienst

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

www.destatis.de/kontakt

www.destatis.de/publikationen